

SCHRIFTFLEITUNG

Professor Dr. GERHARD LÜKE

Rechtsanwalt Dr. HEINRICH GÖTZ

Rechtsanwalt Dr. HELMUT MICHEL

Landgerichtsrat KARL G. DEUBNER

# **Juristische Schulung**

**Zitierweise JuS**

ZEITSCHRIFT FÜR STUDIUM UND AUSBILDUNG

4. Jahrgang · März 1964 · Heft 3

---

DOZENT DR. PETER BADURA, ERLANGEN

## Der mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakt mit belastender Auflage

– *BVerwGE* 11, 18\*

Der Kläger ist Mieter einer Vierzimmerwohnung und einer angrenzenden Zweizimmerwohnung. In der Vierzimmerwohnung übte er eine Arztpraxis aus. Die Arztpraxis wurde auf die Zweizimmerwohnung ausgedehnt, nachdem der Kläger ein Einfamilienhaus bezogen hatte; eine Genehmigung gem. § 21 Wohnraumbewirtschaftungsgesetz (WBewG) für die Zweckänderung der Zweizimmerwohnung wurde beim Wohnungsamt nicht beantragt. Das Wohnungsamt der Beklagten erfuhr einige Zeit später von der Zweckänderung und erteilte daraufhin eine Zweckentfremdungsgenehmigung mit der Auflage, 3000 DM an die Beklagte zu zahlen.

Der Widerspruch des Klägers gegen die Genehmigung war erfolglos, die Klage erfolgreich. Auf die Berufung der Beklagten wurde die Klage abgewiesen. Die Revision war erfolglos.

I. Die Klage richtete sich nicht nur gegen die (belastende) Auflage, sondern gegen die (begünstigende und belastende) Genehmigung. Das *BVerwG* hat darin kein Hindernis für die Zulässigkeit der Klage gesehen. Es brauchte auf die damit angerührte Frage nicht näher einzugehen, wie zu verfahren ist, wenn mit einer Klage lediglich die durch eine Nebenbestimmung eines Verwaltungsaktes bewirkte Belastung angegriffen wird, nicht dagegen die in der Hauptanordnung liegende Begünstigung. Diese Frage wird in Theorie und Praxis häufig unter dem mißverständlichen Stichwort der „selbständigen Anfechtbarkeit“ von Nebenbestimmungen eines Verwaltungsaktes behandelt. Tatsächlich entstehen Schwierigkeiten nicht hinsichtlich der „Anfechtbarkeit“, d. h. der Zulässigkeit der Klage, sondern hinsichtlich der zu fallenden Entscheidung (und damit der richtigen Antragstellung), d. h. der Begründetheit der Klage. Das ergibt sich aus folgendem:

Die Nebenbestimmungen<sup>1</sup> eines Verwaltungsaktes – Auflage, Bedingung, Befristung, Widerrufsvorbehalt – treten zu einer Hauptregelung als ergänzende Regelungen hinzu. Die Nebenbestimmung enthält selbst keine in sich abgeschlossene und für sich vollständige Regelung, sondern ist sinnvoll und wirksam nur durch die Hauptanordnung, zu der sie in dienender Funktion hinzutritt. Die Auflage<sup>2</sup> ist im Gegensatz zur Bedingung dadurch charakterisiert, daß die Wirksamkeit des Verwaltungsaktes nicht von ihr abhängig ist. Während die Bedingung ipso iure mit ihrem Eintritt den Verwaltungsakt wirksam (aufschiebende) oder unwirksam (auflösende Bedingung) werden läßt, legt die Auflage besondere Pflichten auf, die der durch die Hauptregelung Begünstigte erfüllen soll. Die Nichterfüllung der Auflage hat per se keine rechtlichen Folgen, sondern ermächtigt die Verwaltung zu einer Sanktion entweder in Form der Erzwingung der Auflage oder in Form des Widerrufs des Verwaltungsaktes<sup>3</sup>. Die Auflage ist, wie alle Nebenbestimmungen, kein Verwaltungsakt, sondern Teil

eines Verwaltungsaktes<sup>4,5</sup>. Eine Anfechtungsklage kann sich daher stets nur gegen den Verwaltungsakt richten (§ 42 I VwGO), nicht allein gegen die beanstandete Nebenbestimmung. Gleichgültig ist es, ob sich der Antrag des Klägers in seiner Tragweite auf den ganzen Verwaltungsakt oder nur auf einen Teil („Der Bescheid . . . wird insoweit aufgehoben, als er die Auflage . . . enthält“) erstreckt. In beiden Fällen soll eine gerichtliche Kontrolle über in einem Verwaltungsakt erscheinendes Verwaltungshandeln herbeigeführt werden.

Das Problem der „selbständigen Anfechtbarkeit“ einer Auflage betrifft in Wahrheit die Frage der Teilbarkeit eines Verwaltungsaktes, konkreter: welchen Einfluß die Fehlerhaftigkeit einer Auflage auf die Rechtsbeständigkeit des Gesamtaktes hat, wie also zu entscheiden ist (§ 113 I VwGO), wenn sich eine Auflage als unrechtmäßig erweist.

Ob sich das Gericht auf die Aufhebung der Auflage beschränken kann oder ob es den gesamten Verwaltungsakt aufheben muß, hängt davon ab, ob sich im Einzelfall die Fehlerhaftigkeit einer Auflage auf diese beschränkt oder den ganzen Verwaltungsakt fehlerhaft werden läßt. Für die Beurteilung der teilweisen Fehlerhaftigkeit eines Verwaltungsaktes ist nicht die in § 139 BGB für die privatrechtlichen Rechtsgeschäfte ausgesprochene Regel anwendbar, daß grundsätzlich das ganze Rechtsgeschäft von der Nichtigkeit eines Teiles ergriffen wird. Denn diese Regel will der möglichst adäquaten Verwirklichung des Parteiwillens dienen, ein Gesichtspunkt, der im öffentlichen Recht keine Rolle spielen kann.

Grundgedanke für die Behandlung der teilweisen Fehlerhaftigkeit eines Verwaltungsaktes ist, daß der Behörde kein Verwaltungsakt aufgenötigt werden darf, den sie in diesem Umfang und in dieser Art nicht erlassen hätte<sup>6</sup>. Die Lösung wird also vor dem Hintergrund der Funktionsverteilung von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit gesucht, um das Gestaltungsrecht der Verwaltung gegenüber der richterlichen Kontrolle zu gewährleisten. Um diesem Grundgedanken zu genügen, muß auf den voraussichtlichen Willen der den Verwaltungsakt erlassenden Behörde abgestellt werden, ob sie diesen auch ohne den abzusplittenden Teil erlassen hätte<sup>7</sup>.

Für die eine Erlaubnis einschränkenden Nebenbestimmungen wird hieraus abgeleitet, daß sie grundsätzlich die Rechtswidrigkeit des gesamten Verwaltungsaktes bewirken, wenn sie fehlerhaft sind. Denn die Behörde hat durch die Einschränkung deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie den unbeschränkten Verwaltungsakt nicht erlassen, nicht unbeschränkt gewähren wollte. Das gilt vor allem für Bedingungen und Befristungen, für die Auflage jedoch nicht, wenn sie einer gebundenen Erlaubnis beigefügt ist und die Verwaltung dadurch nicht in ihrer Gestaltungsfreiheit beeinträchtigt wird. Denn wenn die Behörde verpflichtet war, die Erlaubnis ohne die Auflage zu erteilen, bleibt die Erlaubnis rechtmäßig und nur die Auflage ist fehlerhaft<sup>8</sup>.

4) Abw. Wolff, VerwaltungsR I, 5. Aufl. (1963), § 49 I d.

5) Manchmal läßt das Gesetz die nachträgliche Anordnung einer Auflage zu, z. B. in § 11 I GaststättenG. In diesem Fall ist die nachträgliche Befügung der Auflage ein Verwaltungsakt.

6) Forsthoff, S. 230; OVG Hamburg, VerwRspr. 12, 739.

7) ProVGE 61, 345; Eyermann-Fröhler, VwGO, 3. Aufl. (1962), Anh. § 42 Rdnr. 14 u. § 113 Rdnr. 35; v. Mangoldt, S. 124f. – Art. 73 Entwurf WürttVerwRO: Wenn eine Auflage für den Erlaß eines Verwaltungsaktes derart wesentlich war, daß dieser ohne sie nicht erlassen worden wäre, ergreift die Unzulässigkeit der Auflage den Verwaltungsakt im Ganzen.

8) VGH Bremen, DÖV 1956, 216 u. 1958, 379 (betr. Bauerlaubnis); OVG Hamburg, VerwRspr. 12, 739 (betr. Schankerlaubnis).

\* Urt. v. 15. 6. 1960 – VIII C 20.60 = ZMR 1961, 58. – Dazu Bachof, Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Verfahrensrecht in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, 1963, S. 250f., 294f.

1) Forsthoff, VerwaltungsR, 8. Aufl. (1961), S. 197ff.; v. Mangoldt, VerwArch 37, 101ff.

2) Fachinger, DV 1949, 118, 145; Herbert Krüger, DVBl. 1955, 380, 450, 518.

3) BayVGH, VerwRspr. 3, 316; abw. Krüger, S. 457.

Für den vorliegenden Fall würde sich hieraus – wenn man allein auf die Auflage abstellt – folgendes ergeben: Die Genehmigung zur Zweckentfremdung ist keine gebundene Erlaubnis, ihre Erteilung steht vielmehr im Ermessen der Verwaltung<sup>9</sup>. Wäre die Auflage, 3000 DM zu zahlen, fehlerhaft gewesen, hätte dies die Rechtsbeständigkeit des Gesamtaktes zerstört; das Gericht hätte die Genehmigung der Zweckentfremdung insgesamt aufheben müssen.

II. Die Klage wäre begründet gewesen, wenn der angefochtene Verwaltungsakt rechtswidrig wäre.

1. Rechtsgrundlage des angefochtenen Verwaltungsaktes ist § 21 WBewG in Verbindung mit § 8 BerlAGWBewG v. 13. 5. 1954 (GVBl. S. 290). Danach darf der Wohnraumbewirtschaftung unterliegender Wohnraum anderen als Wohnzwecken nur mit Genehmigung des Wohnungsamtes zugeführt werden; die Genehmigung kann unter der Auflage erteilt werden, daß der Begünstigte einen Geldbetrag zugunsten des Wohnungsbaus zahlt.

Die Besonderheit des vorliegenden Falles besteht darin, daß der Kläger einen Antrag auf die ihn in der Hauptregelung begünstigende, durch die Auflage aber belastende Genehmigung nicht gestellt hatte, obwohl er tatsächlich einen genehmigungspflichtigen Tatbestand – die Zweckentfremdung der Zweizimmerwohnung – geschaffen hatte. § 21 WBewG sieht zwar einen Antrag nicht ausdrücklich vor, doch liegt es nahe, eine Genehmigung allgemein als antragsbedürftig anzusehen. Sieht man die Zweckentfremdungsgenehmigung aber als antragsbedürftigen Verwaltungsakt an, entsteht die Frage, ob sie mangels Antrag überhaupt rechtmäßig ergehen kann, ob sie aufhebbar oder gar nichtig ist.

Das BVerwG geht davon aus, daß das Wohnungsamt gegenüber der vom Kläger geschaffenen Sachlage nach Ermessensgrundsätzen nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten hatte: Den zweckentfremdeten Wohnraum nach wie vor als Bestandteil der zuteilungsfähigen Masse des bewirtschafteten Wohnraums zu behandeln<sup>10</sup> oder die Zweckentfremdung durch Genehmigung nachträglich zu legalisieren. Daß der Weg der Zweckentfremdungsgenehmigung gewählt wurde, enthalte keinen Rechtsfehler. Zwar werde diese Genehmigung in der Regel nur auf Antrag erteilt werden, doch könne von der Voraussetzung eines Antrages jedenfalls dann abgesehen werden, „wenn die Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes, ohne übergeordnete Interessen zu verletzen, nur durch die Erteilung der Genehmigung zu erreichen (sei), der das Verbot der Entfremdung Verletzende aber nicht bereit ist, die Genehmigung zu beantragen“. Eine stillschweigende „Genehmigung“ sei wegen § 26 WBewG, wonach Verfügungen der Wohnungsbehörden der Schriftform bedürfen, nicht in Betracht gekommen. Wenn aber die Erteilung der Genehmigung rechtmäßig gewesen sei, dann auch die beigefügte Auflage, deren Zulässigkeit sich aus dem Gesetz ergebe.

Bachof hat das Ergebnis des Urteils als bedenklich bezeichnet. Eine Genehmigung könne grundsätzlich auch ohne Antrag erteilt werden, jedoch nur, wenn der Empfänger durch sie nicht beschwert werde. Sei aber die Begünstigung, wie hier, mit einer Belastung verbunden, dürfe sie dem so nur scheinbar Begünstigten nicht ohne sein Einverständnis aufgenötigt werden.

9) BVerwG, MDR 1956, 633.

10) Durch Bereitstellungsverfügung (§ 19 S. 1 WBewG) und Zuweisung von Wohnungssuchenden (§ 15 WBewG).

Diese Konfrontation mit der Bachof'schen Kritik zeigt, worin die Bedeutung des Urteils für die Theorie des Verwaltungsaktes besteht. Das Urteil zwingt zu einem erneuten Überdenken der verschiedenen Mitwirkungsakte, durch die die Verwaltungsunterworfenen am Zustandekommen von Verwaltungsakten beteiligt sind.

2. a) Otto Mayer<sup>11</sup> faßte die Beteiligung Privater am hoheitlichen Verwaltungshandeln<sup>12</sup>, die sich in Antrag, Zustimmung, Einwilligung o. ä. äußert, unter dem Begriff des „Verwaltungsaktes auf Unterwerfung“ zusammen. Diese Rechtsfigur hat eine staatsrechtliche und eine verwaltungsrechtliche Seite. Staatsrechtlich rechtfertigt sie Eingriffe auch dort, wo eine dem Vorbehalt des Gesetzes entsprechende Ermächtigung fehlt (volenti non fit iniuria). Verwaltungsrechtlich trennt sie deutlich das einseitige Verwaltungshandeln durch Verwaltungsakt vom rechtsgeschäftlichen Handeln durch öffentlich-rechtlichen Vertrag und leistet einen Beitrag zur Lehre vom fehlerhaften Verwaltungsakt insofern, als das Fehlen der erforderlichen Mitwirkung den Verwaltungsakt wegen der „Selbstbezeugung der Rechtmäßigkeit“ hoheitlichen Handelns nicht unwirksam (nichtig), sondern nur aufhebbar macht. Seit O. Mayer war es, neben klassifikatorischem Interesse, vor allem das Problem, wie sich das Fehlen einer erforderlichen Mitwirkung auf die Rechtswirkung des Verwaltungsaktes auswirkt, das die Beschäftigung mit dem eines Antrages oder einer Zustimmung bedürftigen Verwaltungsakt beeinflusste. Von dem Bestreben geleitet, dieses Problem zu lösen, und mit der theoretischen Absicht, die Ergebnisse der Rechtsprechung zu vertiefen, die im Fehlen einer erforderlichen Mitwirkung grundsätzlich nicht nur einen Aufhebungsgrund erblickte<sup>13</sup>, stellte Walter Jellinek neben O. Mayers „Verwaltungsakt auf Unterwerfung“ den „zweiseitigen Verwaltungsakt“<sup>14</sup>. Durch diesen Begriff wollte W. Jellinek der Möglichkeit Anerkennung verschaffen, daß die Mitwirkung des Verwaltungsunterworfenen so bedeutsam ist<sup>15</sup>, daß ohne sie ein wirksamer Verwaltungsakt nicht zustande kommen kann; er sah hierin sogar den Regelfall.

Der von W. Jellinek gewählte Ausdruck hat sich zwar nicht durchsetzen können, weil er irreführend ist<sup>16</sup>, der damit gemeinte Grundsatz aber, daß bei einem „mitwirkungsbedürftigen“<sup>17</sup> Verwaltungsakt in der Regel die Mitwirkung so wesentlich ist, daß ihr Fehlen zur Nichtigkeit führt, ist weitgehend anerkannt<sup>18</sup>, nicht selten wird sogar in allen Fällen Nichtigkeit angenommen<sup>19</sup>.

11) Dt. VerwaltungsR, 3. Aufl. (1923), I, S. 98, u. II, S. 151. Dem folgend: Kormann, System der rechtsgeschäftlichen Staatsakte, 1910, S. 37, 79, 272 ff.

12) Als exemplarisch wurde die Ernennung zum Beamten, die Entlassung des Beamten, die Einbürgerung und die Entlassung aus dem Staatsverband herangezogen.

13) Insb. PrOVG 78, 251: Eine ohne Antrag oder Einwilligung des Beamten erfolgte Entlassung aus dem Staatsdienst ist rechtsunwirksam.

14) Festgabe f. d. PrOVG, 1925, S. 84 ff.; ders., VerwaltungsR, 3. Aufl. (1931), S. 249 ff.

15) Das Interesse an ausreichendem Rechtsschutz war nur eines von mehreren Argumenten Jellineks (vgl. Festgabe, S. 111). Die jetzt bestehende verwaltungsgerichtliche Generalklausel hat daher seiner Argumentation nicht den Boden entzogen, wie Ule, DV 1949, 502 ff., annimmt.

16) Vgl. die Kritik bei Fleiner, VerwaltungsR, 8. Aufl. (1928), S. 194; Forsthoff, S. 196 u. Wolff, § 48 IV.

17) Dieser Ausdruck ist durch Forsthoff terminologisch geworden. Jellinek, VerwaltungsR, S. 252, sprach von „mitwirkungsbedingten“ Verwaltungsakten, ebenso Nebinger, VerwaltungsR, AT, 2. Aufl. (1949), S. 203 (auf S. 90 findet sich beiläufig auch der Ausdruck „mitwirkungsbedürftiger“ Verwaltungsakt).

18) Forsthoff, S. 196 f.; Wolff, § 48; BSGE 12, 265.

Der vorliegende Fall zeigt, daß die Erörterung des mitwirkungsbedürftigen Verwaltungsaktes bisher zu sehr unter dem Aspekt der Lehre vom fehlerhaften Verwaltungsakt betrachtet worden ist. Um eine genauere Vorstellung von den jeweiligen Zwecken zu gewinnen, die dem Erfordernis einer Mitwirkung zugrunde liegen, ist es notwendig, sich der recht heterogenen Rechtfertigung zu vergewissern, die unter dem Begriff des mitwirkungsbedürftigen Verwaltungsaktes zusammengefaßt ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Mitwirkungsbedürftigkeit sowohl gesetzlich explizit vorgeschrieben als auch implizit begrifflich begründet sein kann<sup>20</sup>.

b) Die Ernennung zum Beamten begründet für den Ernannten Berechtigungen und Verpflichtungen und ist deshalb ein statusbegründender Verwaltungsakt. Ein Antrag oder eine Zustimmung des Ernannten ist weder geschriebene Ernennungsvoraussetzung (§ 7 BBG), noch ist ihr Fehlen geschriebener Nichtigkeitsgrund (§ 11 BBG); die Zustimmung ist indessen nach allgemeiner Meinung Voraussetzung einer wirksamen Ernennung, ihr Fehlen dementsprechend<sup>21</sup> Nichtigkeitsgrund.

Die verschiedenen Erlaubnisse, Genehmigungen etc. sind ausdrücklich oder begrifflich mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakte. Die Mitwirkung hat bei ihnen aber, je nach dem mit der Erlaubnispflicht verfolgten Verwaltungszweck, ein unterschiedliches rechtliches Gewicht. Als Kriterium für dieses Gewicht kommen zwei Gesichtspunkte in Betracht: Erstens ist zu erwägen, ob die einzelne Erlaubnispflicht einen polizeilichen oder ob sie einen sozialgestaltenden (planenden, lenkenden) Verwaltungszweck verwirklichen will<sup>22</sup>. Zweitens ist zu berücksichtigen, daß die übliche rechtstechnische Ausgestaltung einer Erlaubnispflicht, das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt<sup>23</sup>, zwei verschiedene Zielsetzungen haben kann<sup>24</sup>: Das Verbot kann eine bloße Ordnungsfunktion haben, indem es eine bestimmte, an sich unbedenkliche Tätigkeit einer präventiven Kontrolle unterwirft (so bei der Schankerlaubnis); oder das Verbot will repressiv eine bestimmte, an sich bedenkliche Tätigkeit grundsätzlich ausschließen (so bei der Ausnahmebewilligung gem. § 42 III 1 StVO).

Durchweg mitwirkungsbedürftig sind die Gewähungen der Leistungsverwaltung, beispielsweise im Lastenausgleichs- und im Sozialversicherungsrecht<sup>25</sup>.

Einen von den bisher genannten Fällen abweichenden Charakter haben einige Mitwirkungsakte des Steuerrechts. So ist die Änderung oder Rücknahme bestimmter Steuerverwaltungsakte nur auf „Antrag“ (§ 93 RAO) oder mit „Zustim-

mung“ (§ 94 I Nr. 2 RAO) des Betroffenen erlaubt. An die Stelle einer genauen Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen darf in gewissen Fällen die Pauschversteuerung treten, wenn ein „Antrag“ (§ 32 ErbschStG) oder eine „Zustimmung“ (§ 28 I KapVerkStG) des Steuerpflichtigen vorliegt. Der Mangel der Mitwirkung führt bei diesen steuerrechtlichen Verwaltungsakten nicht zur Nichtigkeit, sondern zur Aufhebbarkeit<sup>26</sup>.

Diese Übersicht gibt die wohl wichtigsten Erscheinungsformen des mitwirkungsbedürftigen Verwaltungsaktes an.

c) Für eine begriffliche Erfassung dieser Vielfalt von Mitwirkungsakten ist davon auszugehen, daß der einzelne Verwaltungsakt, sei er mitwirkungsbedürftig oder nicht, zwei Funktionen in sich vereinigt: Er bringt ein Verwaltungsverfahren zum Abschluß und er bewirkt eine Gestaltung oder Feststellung von Berechtigungen oder Verpflichtungen. Als Abschluß eines Verwaltungsverfahrens ist der Verwaltungsakt ein formellrechtlicher, als gestaltende oder feststellende Verwaltungshandlung ist er ein materiellrechtlicher Akt<sup>27</sup>.

Der nämliche dualistische Charakter findet sich auch bei dem Mitwirkungsakt des Regeltyps des mitwirkungsbedürftigen Verwaltungsaktes, beim Antrag. Der Antrag bezweckt erstens die Einleitung des Verwaltungsverfahrens, sofern nicht eine Einleitung von Amts wegen vorgeschrieben ist; er bestimmt Beginn, Gegenstand und Umfang des Verwaltungsverfahrens<sup>28</sup>. Der Antrag ist zweitens eine materiellrechtliche Voraussetzung für den Erlaß des mitwirkungsbedürftigen Verwaltungsaktes. In den atypischen Fällen der erwähnten mitwirkungsbedürftigen Steuerverwaltungsakte hat der Mitwirkungsakt nur diese materiellrechtliche Bedeutung; denn die Besteuerungsverfahren werden von Amts wegen durchgeführt.

Für den Bereich des Leistungsverwaltungsrechts hat das *BVerwG* eine derartige Unterscheidung der formellrechtlichen und der materiellrechtlichen Wirkung des Mitwirkungsaktes ausgesprochen<sup>29</sup>. Demgegenüber ist es in der Literatur geläufig, das Fehlen einer erforderlichen Mitwirkung als Verfahrensfehler zu behandeln<sup>30</sup>, also den formellrechtlichen Aspekt des Mitwirkungsaktes in den Vordergrund zu stellen, wenn nicht sogar allein zu berücksichtigen<sup>31</sup>. Darin liegt insofern eine Merkwürdigkeit, als der gravierende, offenkundige und den Betroffenen beschwerende Mangel eines ohne die erforderliche Mitwirkung erlassenen Verwaltungsaktes nicht darin gesehen werden kann, daß die Verwaltung von Amts wegen statt auf Antrag tätig wurde, sondern vielmehr darin, daß sie eine Gestaltung oder Feststellung ohne oder gegen den eine materiellrechtliche Vor-

19) Eyer mann-Fröhler, Anh. § 42 Rdnr. 6; Fleiner, S. 193, 204; Giacometti, Allg. Lehren des rechtsstaatlichen VerwaltungsR I, 1960, S. 425; Hans Peters, Lehrb. der Verwaltung, 1949, S. 153; Drews-Wacke, Allg. Polizeir, 7. Aufl. (1961), S. 331 (für die Polizeiverfügung). Abw. Bulling, DÖV 1962, 378 f.

20) Fleiner, S. 191.

21) Nichtigkeit ist Nichteintritt der Wirksamkeit (Bettermann, DVBl. 1963, 826; Wolff, § 36 III b).

22) Eine reine Polizeierlaubnis ist die Schankerlaubnis nach dem GaststättenG. Die wasserrechtliche Bewilligung (§ 9 WassHaushG i. V. m. Landesrecht, z. B. § 110 LandeswasserG [LWG] NRW) und die Bauerlaubnis (§§ 29 ff. BBauG i. V. m. Landesrecht, z. B. Art. 86 ff. Bay-BauO) sind gemischte Erlaubnisse, in denen Zwecke der Gefahrenabwehr und der Sozialgestaltung verbunden sind. Sozialgestaltenden (wirtschaftslenkenden) Charakter hat die Wareneinfuhrgenehmigung gem. §§ 10, 12 AWG.

23) Mayer, I, S. 239 ff.; Krüger, DÖV 1958, 673 ff.

24) Friauf, JuS 1962, 422; E. R. Huber, WirtschaftsVerwaltungsR I, 1953, S. 698.

25) *BVerwGE* 9, 129; *BSGE* 12, 265.

26) *RFHE* 30, 18; *Forsthoff*, S. 197; *Jellinek*, Festgabe, S. 106, 115; *Kühn*, Reichsabgabenordnung (RAO), 7. Aufl. (1963), § 94 Anm. 3 b; *Tipke-Kruse*, RAO, 1961, § 94 Rdnr. 13; *Wolff*, § 48 III a 1.

27) Die Frage, ob der Verwaltungsakt ein formellrechtliches oder ein materiellrechtliches Institut ist, ist insb. im Hinblick auf die Revisibilität der ungeschriebenen Grundsätze der Lehre vom Verwaltungsakt praktisch geworden. Das *BVerwG* hat sie zunächst i. S. d. formellen Rechts beantwortet (DÖV 1957, 889; dagegen: *Bachof*, DÖV 1958, 27 ff.; wie *BVerwG*: *Bettermann*, *VVDStRL* 17, 118 ff.; in der Diskussion widersprochen u. a. *Bachof*, *Ule*, *Menger* u. *Forsthoff*), diese Auff. jedoch später aufgegeben (DVBl. 1961, 380).

28) Vgl. *Burghartz*, *WassHaushG* und *WasserG* für das Land NRW, 1962, § 110 LWG Anm. 1, für das wasserrechtliche Bewilligungsverfahren.

29) *BVerwGE* 9, 219 = *NJW* 1960, 213.

30) *Eyer mann-Fröhler*, Anh. § 42 Rdnr. 6; *Giacometti*, S. 425; *Jellinek*, *VerwaltungsR*, S. 271; *Ule*, DV 1949, 502 f.

31) Abw. sieht *Fliegauß*, DVBl. 1961, 270 ff., das wesentliche Merkmal in der materiellrechtlichen Einwilligung.

aussetzung darstellenden Willen des Betroffenen vorgenommen hat.

3. Aus diesen allgemeinen Überlegungen zur Rechtsfigur des mitwirkungsbedürftigen Verwaltungsaktes ergibt sich für den vorliegenden Fall: die Beantwortung der wesentlichen Fragen, ob die Zweckentfremdungsgenehmigung gemäß § 21 WBewG überhaupt ein mitwirkungsbedürftiger Verwaltungsakt ist und, wenn das zu bejahen wäre, welche Bedeutung der Mitwirkung zukommt, hängt davon ab, welcher Verwaltungszweck mit ihr verfolgt wird und durch was für eine rechtliche Technik dessen Verwirklichung sichergestellt ist.

a) Auf dem Wohnraummarkt ist als Folge des Mangels von Wohnraum ein Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage entstanden; die Wohnraumbewirtschaftung ist ein System wirtschaftslenkender Interventionen mit der sozialpolitischen Absicht, die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum sicherzustellen<sup>32</sup>. Im Rahmen dieser Zielsetzung dient die Genehmigungspflicht für Zweckentfremdung von Wohnraum<sup>33</sup> der Erhaltung des für die Benutzung zum Wohnen bestimmten Raumbestandes, der durch eine Zweckentfremdung vermindert würde<sup>34</sup>. In dieser Genehmigungspflicht tritt somit die Verwaltung nicht in polizeilicher, sondern in sozialgestaltender (lenkender) Funktion in Erscheinung.

Nach der gesetzlichen Regelung ist die Zweckentfremdung verboten, weil sie eine dem Grundgedanken der Wohnraumbewirtschaftung zuwiderlaufende, unerwünschte Maßnahme ist; nach dem Ermessen der Wohnungsbehörde kann dieses grundsätzliche Verbot im Einzelfall durch Ausnahmebewilligung durchbrochen werden, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt oder die Aufrechterhaltung des Verbots eine unzumutbare Härte bedeuten würde (repressives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt)<sup>35</sup>. Durch die Genehmigung für Zweckentfremdung wird zum Ausdruck gebracht, daß die künftige Benutzung des fraglichen Wohnraums zu anderen als Wohnzwecken unter dem Blickwinkel der Wohnraumbewirtschaftung unbedenklich ist<sup>36</sup>.

b) In § 21 WBewG ist ausdrücklich ein Antrag oder eine andere Art der Mitwirkung des Genehmigungsempfängers nicht vorgesehen. Daraus allein kann sich nichts ergeben, da in zahlreichen Fällen eindeutig mitwirkungsbedürftiger Genehmigungen eine ausdrückliche Regelung der Mitwirkung ebenfalls fehlt. Die allen Genehmigungen, Erlaubnissen etc. eigentümliche Befriedigung eines privaten Interesses schließt ihre Mitwirkungsbedürftigkeit ein. Daß die Genehmigungen begünstigenden Charakter haben, bedeutet nicht, daß das Mitwirkungserfordernis vernachlässigt werden könnte, d. h. daß das Fehlen einer erforderlichen Mitwirkung für den rechtlichen Bestand der Genehmigung ohne Folgen sein

dürfte. Denn es ist der Verwaltung nicht nur verboten, Berechtigungen demjenigen aufzudrängen, der sie nicht wünscht, sondern es sind auch Genehmigungen mit Belastungen verbunden: den Kosten der Amtshandlung, belastenden Nebenbestimmungen und möglicherweise indirekten Rechtsnachteilen<sup>37</sup>.

Es muß deshalb angenommen werden, daß auch die Genehmigung für Zweckentfremdung ein mitwirkungsbedürftiger Verwaltungsakt ist. Die Entscheidung des Falles hängt daher davon ab, in welcher Weise implizit eine Mitwirkung des Genehmigungsempfängers vorausgesetzt ist.

Das der Erteilung einer Zweckentfremdungsgenehmigung vorangehende Verwaltungsverfahren wird in der Regel nicht von Amts wegen, sondern auf Antrag eröffnet. Doch ist dies nicht eine in jedem Fall unumgängliche Voraussetzung. Nicht in Betracht kommen kann das Erfordernis eines (formellen) Antrages für die Einleitung des mit der Zweckentfremdungsgenehmigung abschließenden Verwaltungsverfahrens, wenn der genehmigungspflichtige Tatbestand bereits geschaffen worden ist. Bei dieser Sachlage entfällt ein formellrechtlicher Mitwirkungsakt deswegen, weil es sich hier um ein von Amts wegen durchzuführendes Verfahren handelt. Das ergibt sich daraus, daß § 6 lit. c WBewG den Wohnungsbehörden Maßnahmen zur Verhinderung der Zweckentfremdung von Wohnraum zur Aufgabe macht. Es ergibt sich aber auch daraus, daß diese Genehmigungspflicht repressiven Charakter hat. Die genehmigungspflichtige Handlungsweise ist, anders als bei einem präventiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt, an sich unerwünscht, so daß die Schaffung des genehmigungspflichtigen Tatbestandes, weil eine prinzipiell sozialschädliche Handlung darstellend, ein Tätigwerden der Verwaltung von Amts wegen gebietet.

Beim nur präventiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt ist selbst dann, wenn der erlaubnispflichtige Tatbestand bereits geschaffen wurde, die Rechtslage in einer charakteristischen Nuance unterschiedlich, wie das Beispiel der Baugenehmigung zeigt. Hier ist ein Beseitigungsverfahren möglich, das von Amts wegen durchzuführen ist, aber materielle Baurechtswidrigkeit voraussetzt. Um die Frage der materiellen Baurechtswidrigkeit zu prüfen, muß ein Bauaufsichtsverfahren stattfinden, das antragsbedingt ist. Dieser Bauantrag kann, nach bayer. Baurecht, im Wege des Verwaltungszwanges erzwungen werden (Art. 100 S. 3 BayBauO)<sup>38</sup>. Dieser Weg ist für die repressive Zweckentfremdungsgenehmigung nicht erforderlich, wie auch das *BVerwG* im vorliegenden Fall dargelegt hat<sup>39</sup>.

Da das zur Zweckentfremdungsgenehmigung führende Verfahren im vorliegenden Fall einer formellrechtlichen Mitwirkung nicht bedurfte, kann die erforderliche Mitwirkung nur als materiellrechtliche in Betracht kommen. Dieser

32) *Bettermann-Haarmann*, Das öffentliche WohnungsR, 1949, S. 77; *Roquette*, WBewG, 1953, § 1 Anm. 1 u. § 6 Anm. 2.

33) Dieses Instrument der Wohnraumbewirtschaftung geht auf die Anfänge der Wohnungszwangswirtschaft zurück; vgl. § 2 I lit. b WohnungsmangelVO v. 23. 9. 1918 (RGBl. S. 1143) u. § 2 II WohnungsmangelG v. 26. 7. 1923 (RGBl. I S. 754).

34) Amtl. Begr. zu § 21 (nach *Hans*, WBewG, 2. Aufl. [1958], § 21); *Bettermann*, Das WohnungsR als selbständiges Rechtsgebiet, 1949, S. 23; *Roquette*, Vorbem. § 21 Anm. 2; *OVG Lüneburg*, ZMR 1955, 215.

35) Amtl. Begr., aaO.; *Fellner-Fischer*, WBewG, 3. Aufl. (1956), § 21 Rdnr. 8; *Roquette*, § 21 Anm. 1; *BVerwG*, MDR 1956, 633.

36) *Hans*, § 21 Anm. 4; *OVG Hamburg*, ZMR 1955, 376.

37) So zieht z. B. eine Schankerlaubnis u. U. die Heranziehung zur Schankerlaubnissteuer nach sich. Das *PrOVG* hat deshalb eine ohne Antrag und Einverständnis erteilte Schankerlaubnis für fehlerhaft erklärt (*PrOVG* 67, 64).

38) Vgl. *Mang-Simon*, BayBauO, Art. 86 Rdnr. 1.

39) Offen gelassen wurde die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Antrag überhaupt erzwungen werden kann. *Bachof*, S. 250, hat diese Möglichkeit generell verneint, da ein erzwungener Antrag eine *contradictio in adiecto* sei. Dies kann jedoch nur gelten, soweit der Antrag nicht nur Verfahrensvoraussetzung ist, sondern auch eine materiellrechtliche Zustimmung impliziert. Verfahrensrrechtlich ist der Antrag, der i. d. R. mit für das Verfahren notwendigen Erklärungen und Angaben verbunden ist, eine Grundlage des Verfahrens und als solche für dessen ordnungsmäßige Durchführung häufig nicht zu entbehren.

materiellrechtliche Mitwirkungsakt muß in der Schaffung eines genehmigungspflichtigen Tatbestandes gesehen werden. Daß ein bestimmtes Verhalten genügt und es nicht auf eine der Erteilung der Genehmigung zustimmende öffentlichrechtliche Willenserklärung ankommt, muß aus der Funktion dieser Genehmigungspflicht im System der Wohnraumbewirtschaftung abgeleitet werden. Die tatsächliche Zweckentfremdung von Wohnraum beeinträchtigt die der Verwaltung obliegende Lenkungs Aufgabe; sie ist daher, ohne daß die aktuelle oder zu fingierende<sup>40</sup> Willensrichtung des Betroffenen von Bedeutung wäre, die für die Genehmigung hinreichende materiellrechtliche Voraussetzung. Hierin zeigt sich die unterschiedliche Rolle des Mitwirkungsaktes bei einer wirtschaftslenkenden Genehmigungspflicht im Gegensatz zu polizeilichen Erlaubnispflichten. Bei diesen nämlich ist die betroffene Tätigkeit als solche für die Verwaltung ohne Interesse; worauf allein zu sehen ist, ist die von ihr ausgehende Gefahr. Bei der Polizeierlaubnis kann daher auf eine ausdrückliche oder konkludente Zustimmung des Empfängers nicht verzichtet werden<sup>41</sup>.

Das *BVerwG* hat noch die Frage aufgeworfen, ob das Wohnungsamt eine Legalisierung der Zweckentfremdung hätte durch stillschweigende Duldung bewirken können, diese Frage aber verneint, weil § 26 *WBewG* für Verfügungen des Wohnungsamtes Schriftform vorschreibt<sup>42</sup>. Das steht im Einklang mit den Grundsätzen des allgemeinen Verwaltungsrechts über die Rechtmäßigkeit stillschweigender Verwaltungsakte; denn danach schließt eine vorgeschriebene Schriftform konkludentes Verwaltungshandeln aus<sup>43</sup>, es sei denn, die Formvorschrift hat bloßen Ordnungscharakter<sup>44</sup>.

4. Es ergibt sich somit für den vorliegenden Fall: Bedenken gegen die Rechtsbeständigkeit der Zweckentfremdungsgenehmigung können, obwohl sie ein mitwirkungsbedürftiger Verwaltungsakt ist, nicht daraus hergeleitet werden, daß sie ohne formellrechtlichen Antrag und ohne ausdrückliche materiellrechtliche Zustimmung erlassen wurde; denn eines verfahrenseinleitenden Antrages bedurfte es nicht, und materiellrechtlich genügte als Mitwirkungsakt die Schaffung

40) *Bachof*, S. 251, erwägt die Möglichkeit, einen „stillschweigenden Antrag“ anzunehmen. Eine derartige Annahme ist nach dem Gesagten deswegen nicht notwendig, weil sie der sozialgestaltenden Funktion der Genehmigungspflicht nicht entspricht. Wie aus dem in der amtlichen Sammlung nicht abgedruckten Teil der Gründe des vorliegenden Urteils hervorgeht, hatte die Vorinstanz (*OVG Berlin*) ebenso wie hier argumentiert, nämlich den Ton nicht auf den Willen, sondern auf das Verhalten des Genehmigungsempfängers gelegt: Die Genehmigung habe auch gegen den ausdrücklich erklärten Willen des Begünstigten erteilt werden dürfen, da für dessen erforderliche Mitwirkung die tatsächliche und dauernde zweckfremde Nutzung von Wohnraum ausreiche. In der Revisionsentscheidung des *BVerwG* ist demgegenüber der mehr pragmatische Gedanke als ausschlaggebend verwendet, daß von einem Antrag abgesehen werden konnte, weil nur durch die Genehmigung eine Legalisierung der Zweckentfremdung möglich war.

Es wäre noch hinzuzufügen, daß bei der gegebenen Sachlage das Vorgehen des Wohnungsamtes auch keinen Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel erkennen läßt.

41) Vgl. *Forsthoff*, S. 274.

42) Ebenso *Fellner-Fischer*, § 26 Rdnr. 1. – *Bachof*, S. 284 f., hat diese Begründung unter Hinweis darauf kritisiert, daß die Schriftform nur für solche Verwaltungsakte gedacht sei, die einen rechtmäßigen Zustand regeln sollen. § 26 *WBewG* läßt ein derartiges restriktives Verständnis jedoch weder im Wortlaut noch im zugrunde liegenden Zweck zu.

43) *Schulke*, NJW 1960, 16 ff.

44) Die Formvorschrift des § 26 *WBewG* soll einerseits die Klarheit der Rechtsverhältnisse im Wohnraumbewirtschaftungsrecht fördern, andererseits die Wohnungsbehörden zu wohlüberlegten Maßnahmen zwingen (*Amtl. Begr.* zu § 26; *Fellner-Fischer*, § 26 Rdnr. 1; *Hans*, § 26).

des genehmigungspflichtigen Tatbestandes. Daraus folgt weiter, daß ein fehlender Antrag oder eine fehlende Zustimmung auch für die Frage der Rechtmäßigkeit der beigefügten Auflage ohne Bedeutung ist<sup>45</sup>.

Die Zulässigkeit der Auflage ergibt sich aus § 21 S. 2 *WBewG* i. V. m. § 8 *BerLAGWBewG*<sup>46</sup>. Worin bundesrechtlich eine derartige Auflage bestehen darf, ist aus dem Zweck der Genehmigungspflicht – den zur Verfügung stehenden Wohnraum zu erhalten – zu erschließen. Dementsprechend soll durch die Auflage die mit der Zweckentfremdung entstandene Einbuße an bewirtschaftetem Wohnraum wieder ausgeglichen und wettgemacht werden<sup>47</sup>. Als ihr Inhalt kommt daher neben der Stellung von Ersatzwohnraum die Zahlung von Geldbeträgen zur Schaffung von Ersatzwohnraum in Betracht<sup>48</sup>. Die Zulässigkeit einer solchen, zu einer zweckgebundenen Zahlung verpflichtenden Auflage war bereits für die früheren Regelungen der Zweckentfremdungsgenehmigung anerkannt<sup>49</sup> und sie ist auch für das *WBewG* allgemein bejaht worden<sup>50</sup>.

Eine ähnliche Erscheinung wie die Erteilung einer Zweckentfremdungsgenehmigung unter der Auflage, einen Zuschuß zum Wohnungsbau zu zahlen, ist die Bevorzugung bei der Zuteilung von Wohnraum gegen Leistung eines wesentlichen Finanzierungsbeitrages gem. §§ 97 III, 98 2. *WohnungsbauG* („Freikauf“). Die Rechtsprechung hat jedoch eine derartige Begünstigung im Rahmen der Wohnungszwangswirtschaft gegen Geldzahlung ohne eine besondere gesetzliche Zulassung stets abgelehnt<sup>51</sup>. Das stimmt mit der allgemeinen Bemerkung *Herbert Krügers*<sup>52</sup> überein, daß die Auflage kein taugliches Instrument zur Erzielung von Einnahmen für öffentliche Kassen ist, weil dies auf einen „Verkauf“ von Hoheitsakten hinausliefe.

45) Gegen *Bachof*, S. 251, nach dessen Auff. eine „Begünstigung“, wenn sie derart mit einer Belastung verbunden ist, dem „Begünstigten“ nicht ohne Antrag oder Einverständnis aufgenötigt werden darf.

46) § 21 S. 2 *WBewG* sieht nur vor, daß die Genehmigung unter Auflagen erteilt werden darf, ohne ausdrücklich von der Verpflichtung zu einer Geldleistung als möglicher Auflage zu sprechen. Diese Möglichkeit ist die bundesrechtliche Regelung verdeutlichend, in § 8 *BerLAGWBewG* vorgesehen. Diese Vorschrift lautet in ihrem Abs. 1: „Die Genehmigung zur Zweckentfremdung von Wohnraum (§ 21 *WBewG*) ist in der Regel mit der Auflage zu verbinden, daß ein Ablösungsbetrag an Berlin gezahlt wird“, und in ihrem Abs. 6: „Die aufkommenden Ablösungsbeträge sind als zweckgebundene Mittel vom Senator für Bau- und Wohnungswesen zu verwalten und dürfen nur verwendet werden, um neuen Wohnraum zu gewinnen“.

Dafür, daß § 8 *BerLAGWBewG* mit dem Bundesrecht in Einklang steht, verweist der *Senat* auf drei unveröffentlichte Beschlüsse des 5. *Senats*; von diesen enthält nur der Beschl. v. 14. 1. 1958 – *BVerwG* V CB 201.57 – nähere Darlegungen.

Die Zulässigkeit der landesrechtlichen Ausführungsbestimmung ergibt sich aus folgendem: Die im *WBewG* geregelte Materie gehört zur konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes (Art. 74 Nr. 18 GG). Weil die bundesrechtliche Ausgestaltung der Zweckentfremdungsgenehmigung zwar abschließend, aber hinsichtlich der möglichen Auflagen nicht vollständig, also nicht ausschließlich, ist, blieb hier Raum für landesrechtliche Ausführungsgesetze (Art. 72 I GG: „... solange und soweit...“).

Der 5. *Senat* hat im Beschl. v. 14. 1. 1958 nicht auf die Abgrenzung der Gesetzgebungszuständigkeiten Bezug genommen, sondern in angreifbarer Allgemeinheit nur darauf abgestellt, daß der Landesgesetzgeber die Voraussetzungen der Erteilung einer Zweckentfremdungsgenehmigung näher hätte umschreiben dürfen, da es sich dabei um eine Ermessensentscheidung handle; dies stünde mit rechtsstaatlichen Erfordernissen im Einklang.

47) *BVerwG*, Beschl. v. 14. 1. 1958.

48) *Amtl. Begr.* zu § 21 *WBewG*.

49) *RGZ* 118, 109.

50) *Fellner-Fischer*, § 21 Rdnr. 9; *Pergande*, Gesetz über die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, 1961, Vorbem. § 21 *WBewG* Anm. 3; *Roquette*, § 21 Anm. 5 b; *OVG Lüneburg*, *ZMR* 1957, 321 u. 383.

51) *RGZ* 118, 109; 127, 276; 135, 64; *BVerwGE* 5, 128 = *NJW* 1957, 1610 (unter Aufhebung von *OVG Lüneburg*, *NJW* 1957, 76; vgl. die Kritik *Bachofs*, S. 105 f., an der Auff. des *BVerwG*); *Bettermann-Haarmann*, S. 108 f, 148 g.

52) *AaO*. S. 520.

# **Juristische Schulung**

ZEITSCHRIFT FÜR STUDIUM UND AUSBILDUNG

4. JAHRGANG 1964



C. H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG  
MÜNCHEN, BERLIN UND FRANKFURT

H255

Universitäts-  
Bibliothek  
München

Der 4. Jahrgang umfaßt die Hefte 1–12 mit den Seiten 1–508

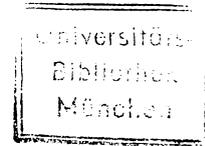
© C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oscar Beck) München 1964

Druck der C. H. Beck'schen Buchdruckerei Nördlingen

Printed in Germany

P 64/339

# Inhaltsverzeichnis



## Übersicht

I. Verzeichnis der Beiträge . . . . .	S. III	V. Sachverzeichnis . . . . .	S. IX
II. Verfasserverzeichnis . . . . .	S. IV	VI. Abkürzungsverzeichnis . . . . .	S. XVII
III. Entscheidungsverzeichnis . . . . .	S. IV	VII. Berichtigungen . . . . .	S. XX
IV. Gesetzesverzeichnis . . . . .	S. VII		

## I. Verzeichnis der Beiträge

### Aufsätze

- X Schlechtlieferung und Falschlieferung beim Kauf (*Fabricius*) 1, 46
  - Grundfragen der Aussperrung (*Isele*) 41
  - Grundfragen der strafrechtlichen Konkurrenzlehre (*Warda*) 81
  - Die Einrede des bürgerlichen Rechts (*Jahr*) 125, 218, 293
  - ✓ Einheit und Vielfalt der Wertungen in der Irrtumslehre (*Westermann*) 169
  - Grundbegriffe des Patentrechts (*Bernhardt*) 213
  - Gesetzgebungswunsch und Lebenswirklichkeit beim Rechte der unehelichen Kinder (*Lange*) 253
  - Das Verwaltungshandeln (*Stich*) 333, 381
  - Verwerflichkeit und Sittenwidrigkeit als unrechtsbegründende Merkmale im Strafrecht (*Roxin*) 373
  - Ausfüllung von Gesetzeslücken durch den Bundesgerichtshof (*Reinicke*) 421
  - Der Law School Admission Test (*Michel*) 429
  - Wahrheitsfindung im Strafprozeß (*Spendel*) 465
  - Die Bilanz der Unternehmung – Fortsetzung aus JuS 1963, 465 (*Hax*):
    - Die Unternehmungsbilanz in der Realität des Wirtschaftslebens
      - Allgemeine Bilanzierungsprinzipien 11
      - Die Gliederung der Jahresbilanz 13, 93
      - Die Grundsätze der Bilanzbewertung 132
      - Das Verhältnis der Bilanz zur Gewinn- und Verlustrechnung 178
      - Die Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses (Bilanzanalyse) 224
    - Die Bilanz als Gegenstand theoretischer Erkenntnis 263
  - Das Recht der Europäischen Gemeinschaften (*Runge*):
    - Allgemeine Aspekte der Europäischen Gemeinschaften 305
    - Die Rechtsquellen der Europäischen Gemeinschaften 341
    - Die Gemeinschaftsorgane und ihre Befugnisse 391
    - Das „Justizrecht“ der Gemeinschaften 474
- ### Entscheidungsrezensionen
- Conditio-sine-qua-non-Gedanke und Fahrlässigkeitsdelikt – BGH-St 11, 1 (*Spendel*) 14
  - Verfahrensrechtliche Fragen der Anrufung des EuGH nach Art. 177 EWGV – „Bosch-Fall“, EuGHE 8, 99 (*Jecht*) 20
  - Zur Abgrenzung von bedingtem Vorsatz und bewußter Fahrlässigkeit – BGHSt 7, 363 (*Roxin*) 53
  - X Das Nachschieben von Gestaltungsgründen – BAG, NJW 1963, 1267 (*Grunsky*) 97
  - Der mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakt mit belastender Auflage – BVerwGE 11, 18 (*Badura*) 103
  - ✓ Bereicherungsanspruch bei Leistung an einen Dritten – BGHZ 36, 30 (*Berg*) 137
  - ✓ Anfechtung des Arbeitsvertrages – BAGE 5, 159 (*Farthmann*) 141
  - Zur rechtlichen Verbindlichkeit von Bundestagsbeschlüssen – BVerwGE 12, 16 (*Klein*) 181
  - Der überregionale Verwaltungsakt – BVerfGE 11, 6 (*Bullinger*) 228

- Zur Abgrenzung des Diebstahls vom Betrug – BGHSt 18, 221 (*Gribbohm*) 233
- Untersagung der Berufsausübung durch Strafurteil und Verwaltungsakt – BVerwGE 15, 282 (*Eyermann*) 269
- Bemessung der Entschädigung bei Enteignung von Ackerland – BGHZ 39, 198 (*Dittus*) 308
- Zum Rücktritt des Käufers einer gestohlenen Sache – BGHZ 5, 337 (*Stumpp*) 310
- Zur Rechtsnatur des Architektenvertrages – BGHZ 31, 224 (*Tempel*) 346
- Hausfriedensbruch durch Testkäufer – LG Frankfurt, NJW 1963, 1022 (*Hanack*) 352
- Verjährungsunterbrechung und bestimmter Klageantrag – BGH, NJW 1959, 1819 (*Arens*) 395
- Die ausnahmsweise Eintragung in die Handwerksrolle – BVerwGE 13, 317 (*Honig*) 437
- Zur Zueigungsabsicht beim Diebstahl – OLG Hamm, NJW 1964, 1427 (*Eser*) 477

### Methodik der Fallbearbeitung

- Die Lehre von Gutachten und Urteil – Fortsetzung aus JuS 1963, 476 (*Mühl*):
  - Beweisstation 22
  - Die Unterschiede von Gutachten und Urteil 108
  - Mehrheit von Anträgen 110, 147
  - Behauptungs- und Beweislast, Beweislastverteilung 148, 190, 238
  - Mängel in Prüfungsarbeiten 241, 272, 356
  - Fragen der Gesetzesauslegung 441
  - Mehrfache Klagebegründung 443
  - Gutachten und Urteil aus dem Gebiet des öffentlichen Rechts 444
  - Schlußbemerkung 445
- Verwaltungsakt und Widerspruchsbescheid in der öffentlich-rechtlichen Arbeit (*Weides*):
  - Verwaltungsakt 62
    - Begriff und Wirksamkeit des Verwaltungsaktes 62
    - Verwaltungsverfahren 63
    - Materielle Gültigkeitserfordernisse 112
  - Widerspruchsbescheid 275
    - Zulässigkeit des Widerspruchs 278, 314, 446
    - Begründetheit des Widerspruchs 483
    - Kundmachung des Widerspruchsbescheides 484
- Der praktische Fall – Digestenexegese *Scaevola D. 44, 4, 17, 1* (*Troje*) 451
- Der praktische Fall – Handelsrecht
  - Die fragwürdige Prokura (*Schultz/Henrichs*) 27
  - Die Wechselzwillinge (*Henrichs*) 486
- Der praktische Fall – Zivilrechtsklausur
  - Der umgebaute Lastwagen (*Putzo*) 195
  - Ein Unglück kommt selten allein (*Lichtenberger*) 242
  - Die voreilige Abtretung (*Wilckens*) 494
- Der praktische Fall – Zivilprozessrechtsklausur

- Der säumige Beklagte (*Schmidt-Sibeth*) 397  
 Der praktische Fall – Strafrecht  
 Der überfallene Spaziergänger (*Kaufmann/Hassemer*) 151  
 Der „Rabenvater“ (*Cramer*) 360  
 Der praktische Fall – Strafrechtsklausur  
 Das Wildschwein (*Lorz*) 320  
 Der praktische Fall – Öffentliches Recht  
 Das eigenwillige Parteimitglied (*v. Münch*) 68  
 Das unbeleuchtete Treppenhaus (*Evers/Schwerdtfeger*) 281  
 Zur Übung – Bürgerliches Recht (*Lüke/Bähr*) 117, 158; (*Bähr*) 200, 405  
 Zur Übung – Öffentliches Recht (*Achterberg*) 401

### Informationen

- „Wahlfreie Station“ beim Europarat in Straßburg 40  
 Zweite Referendartagung über französisches Recht 40  
 Das Jurastudium in Italien 77  
 Das Recht des Referendars auf Genehmigung von Nebentätigkeiten 79

- Internationale Fakultät für Rechtsvergleichung in Luxemburg 124  
 Hochschulnachrichten 168, 507  
 Erfahrungen mit der Ferienpraxis für Rechtsstudenten 209  
 Klausurtexte aus dem bayerischen Referendarexamen 210, 414  
 Ergebnisse der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung 1963 212  
 Der Jurist in der Handwerkskammer 251  
 Studienkurs in Luxemburg über die Europäischen Gemeinschaften 292  
 Studienfahrt deutscher Jurastudenten nach Paris 332  
 Fortbildungsstudium auf dem Gebiet der europäischen Beziehungen 332  
 Der französische Rechtsanwalt (*Avoué*) 371  
 Das Disziplinarrecht der Referendare 418, 459  
 Grundsatzentscheidung des BSG zur Angestelltenversicherungspflicht der Referendare 420  
 Deutsch-Arabisches Handelskammer in der Vereinigten Arabischen Republik als Wahlstation für Referendare 461  
 Literaturschau – Strafrecht 461  
 Die Verwaltungsausbildung der Juristen 505

## II. Verfasserverzeichnis

- |                                |                                      |  |   |
|--------------------------------|--------------------------------------|--|---|
| Achterberg, Norbert 401        | Gribbohm, Günter 233                 | Lange, Heinrich 253                              | Schwerdtfeger, Gunther 281                |
| Arens, Peter 395               | Grunsky, Wolfgang 97                 | Lichtenberg, Gustav 242                          | Spendel, Günter 14, 465                   |
| Badura, Peter 103              | Hanack, Ernst-Walter 352             | Lorz, Albert 320                                 | Stich, Rudolf 333, 381                    |
| Bähr, Peter 117, 158, 200, 405 | Hassemer, Winfried 151, 461          | Lüke, Gerhard 117, 158,                          | Stumpp, Hans 310                          |
| Berg, Hans 137                 | Hax, Karl 11, 93, 132, 178, 224, 263 | Michel, Helmut 429                               | Teigelack, Heinz-Dieter 332               |
| Bernhardt, Wolfgang 213        | Heinz, Eckhart 292                   | Mühl, Otto 22, 108, 147, 190, 238, 272, 356, 441 | Tempel, Otto 346                          |
| Brogl, Erich 332               | Hellner, Jürgen 371                  | v. Münch, Ingo 68                                | Troje, Hans Erich 451                     |
| Bullinger, Martin 228          | Henrichs, Helmut 27, 486             | Putzo, Hans 195                                  | Wacke, Andreas 77                         |
| Cramer, Peter 360              | Honig, Gerhart 251, 437              | Reiche, Friedrich 40                             | Warda, Günter 821                         |
| Dittus, Wilhelm 308            | Isele, Hellmut Georg 41              | Reinicke, Dietrich 421                           | Wassermann, Rudolf 79, 418, 459           |
| Eser, Albin 477                | Jahr, Günther 125, 218, 293,         | Roxin, Claus 53, 373                             | Weides, Peter 62, 112, 275, 314, 446, 483 |
| Evers, Hans-Ulrich 281         | Jecht, Hans 20                       | Runge, Christian 305, 341, 391, 474              | Westermann, Harry 169                     |
| Eyermann, Erich 269            | Kaufmann, Arthur 151                 | Schmidt-Sibeth, Max 397                          | Wilckens, Uwe 494                         |
| Fabritius, Fritz 1, 46         | Klein, Friedrich 181                 | Schultz, Dietrich 27                             |   |
| Farthmann, Friedhelm 141       | Kohleiß, Wolfgang 209                |  |   |
| Gerber, Wolfgang 505           |                                      |  |   |
- Bähr, Peter (*Bh.*), Gerichtsreferendar, Saarbrücken  
 Emmerich, Volker (*Em.*), Gerichtsreferendar, Saarbrücken  
 Gerber, Wolfgang (*Gb.*), Gerichtsreferendar, Saarbrücken
- Schweikhardt, Liselotte (*Sh.*), Redaktionsassistentin, Frankfurt  
 Willms, Norbert (*Ws.*), Gerichtsreferendar, Saarbrücken

## III. Entscheidungsverzeichnis

### Bundesverfassungsgericht

- |                          |           |  |
|--------------------------|-----------|--|
| 15. 3. 1960 2 BvG 1/57   | 228       | BVerfGE 11, 6 = NJW 1960, 907 ( <i>Bullinger</i> )               |
| 23. 7. 1963 2 BvL 11/61  | 120 Nr. 2 | BVerfGE 16, 306 = NJW 1964, 147                                  |
| 26. 11. 1963 1 BvR 59/60 | 207 Nr. 5 | NJW 1964, 291 = JZ 1964, 98 = FamRZ 1964, 75 = DÖV 1964, 91      |
| 12. 2. 1964 1 BvL 12/62  | 246 Nr. 2 | NJW 1964, 587 = FamRZ 1964, 188 = BB 1964, 253 = Betr. 1964, 275 |
| 25. 2. 1964 2 BvR 411/61 | 287 Nr. 2 | NJW 1964, 1019 = DVBl. 1964, 393                                 |
| 11. 3. 1964 1 BvL 4/63   | 247 Nr. 3 | NJW 1964, 763  |
| 7. 4. 1964 1 BvL 12/63   | 367 Nr. 1 | NJW 1964, 1219 = DVBl. 1964, 434                                 |
| 5. 5. 1964 1 BvL 8/62    | 408 Nr. 1 | NJW 1964, 1516   |
| 30. 6. 1964 1 BvR 93/64  | 455 Nr. 1 | NJW 1964, 1783 = DVBl. 1964, 738 = JZ 1964, 651                  |

### Bundesgerichtshof

- |                            |     |   |
|----------------------------|-----|---|
| <i>a) Zivilsachen</i>      |     |   |
| 28. 3. 1952 I ZR 111/51    | 310 | BGHZ 5, 337 = NJW 1952, 778 = JZ 1952, 527 = MDR 1952, 412 ( <i>Stumpp</i> )  |
| 13. 7. 1959 III ZR 27/58   | 395 | NJW 1959, 1819 = LM § 209 BGB Nr. 8 = MDR 1959, 919 = BB 1959, 1228 ( <i>Arens</i> )  |
| 26. 11. 1959 VII ZR 120/58 | 346 | BGHZ 31, 224 = NJW 1960, 431 = LM § 631 BGB Nr. 13 = Betr. 1960, 118 = BB 1960, 113 = BBaubl. 1960, 124 = JZ 1960, 26 = MDR 1960, 217 ( <i>Tempel</i> ) |
| 5. 10. 1961 VII ZR 207/60  | 137 | BGHZ 36, 30 = NJW 1961, 2251 = JZ 1962, 280 = MDR 1962, 46 ( <i>Berg</i> )  |
| 8. 11. 1962 III ZR 86/61   | 308 | BGHZ 39, 198 = NJW 1963, 1492 ( <i>Dittus</i> )   |



20. 1. 1961 VII C 202/59	181	BVerwGE 12, 16 = NJW 1961, 1785 = DÖV 1961, 426 (Klein)	<b>Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften</b>	6. 4. 1962 Rechtssache 13/61 20	EuGHE 8, 99 = Betr. 1962, 534 = BB 1962, 467 (Jecht)
26. 1. 1962 VII C 68/59	437	BVerwGE 13, 317 = GewArch. 1962, 95 = BayVbl. 1962, 183 = BB 1962, 314 = MDR 1962, 601 (Honig)	<b>Oberlandes- und Landgerichte</b>		
14. 2. 1963 I C 98/62	269	BVerwGE 15, 282 = NJW 1963, 875 = DVbl. 1963, 673 = GewArch. 1963, 127 (Eyer mann)	<i>a) Zivilsachen</i>		
28. 5. 1963 I C 247/58	75 Nr. 6	BVerwGE 16, 116 = NJW 1963, 2088; 1964, 120 = MDR 1963, 950 = DVbl. 1963, 815	BayObLG		
2. 9. 1963 I C 142/59	205 Nr. 1	BVerwGE 16, 289 = NJW 1964, 314 = MDR 1964, 172	13. 8. 1963 WBeschwReg. 121 Nr. 3	BayObLGZ 1963, 227 = NJW 1963, 2372	
18. 10. 1963 VII C 45/62	370 Nr. 7	JZ 1964, 300	23. 7. 1964 BReg. 1 Z 66/64	500 Nr. 2 NJW 1964, 2017 = FamRZ 1964, 514	
29. 10. 1963 I C 43/62	209 Nr. 10	NJW 1964, 463 = DÖV 1964, 92	OLG Bremen	16. 5. 1963 2 U 29, 30/63 164 Nr. 8 NJW 1964, 259	
20. 12. 1963 VII C 103/62	245 Nr. 1	NJW 1964, 607 = DVbl. 1964, 201	OLG Celle	18. 1. 1963 8 U 147/62 74 Nr. 4 MDR 1963, 932	
20. 12. 1963 VII C 30/63	250 Nr. 10	NJW 1964, 608 = DVbl. 1964, 203	9. 9. 1963 3 W 79/63	123 Nr. 7 NJW 1964, 163	
17. 1. 1964 VII C 50/62	287 Nr. 1	BVerwGE 18, 14 = DÖV 1964, 312	OLG Düsseldorf	26. 11. 1963 8 W 211/63 289 Nr. 7 NJW 1964, 822	
31. 1. 1964 VII C 65/62	504 Nr. 11	BVerwGE 18, 40 = DVbl. 1964, 635 = MDR 1964, 623	OLG Hamm	5. 2. 1964 15 W 516/63 289 Nr. 6 FamRZ 1964, 212	
6. 5. 1964 VIII C 396/63	499 Nr. 1	NJW 1964, 2030	3. 3. 1964 4 U 119/63	501 Nr. 5 FamRZ 1964, 438	
18. 6. 1964 VI C 30/62	504 Nr. 10	DÖV 1964, 630	Kammergericht	19. 3. 1964 1 W 573/64 410 Nr. 4 NJW 1964, 1479	
<b>Bundesarbeitsgericht</b>			OLG Köln	31. 12. 1963 4 U 192/63 457 Nr. 5 NJW 1964, 1860	
5. 12. 1957 1 AZR 594/56	141	BAGE 5, 159 = NJW 1958, 516 = AP § 123 BGB Nr. 2 = BB 1958, 232 (Farthmann)	OLG Stuttgart	12. 9. 1963 2 W 55/63 163 Nr. 6 NJW 1964, 48	
30. 1. 1963 2 AZR 143/62	97	NJW 1963, 1267 = JuS 1963, 370 Nr. 11 (Grunsky)	8. 11. 1963 8 W 160/63	161 Nr. 1 FamRZ 1964, 51	
12. 3. 1963 3 AZR 60/62	291 Nr. 10	AP § 242 BGB - Geschäftsgrundlage Nr. 5	<i>b) Strafsachen</i>		
12. 3. 1963 3 AZR 266/62	39 Nr. 9	NJW 1963, 1996	BayObLG		
21. 5. 1963 3 AZR 138/62	291 Nr. 10	AP § 242 BGB - Geschäftsgrundlage Nr. 6	30. 10. 1963 RReg. 1 St 451/63	208 Nr. 8 NJW 1964, 459	
30. 5. 1963 5 AZR 282/62	251 Nr. 11	AP § 615 BGB - Betriebsrisiko Nr. 15 = BB 1963, 731, 977 = Betr. 1963, 836	OLG Bremen	12. 12. 1963 Ws 247/63 411 Nr. 7 NJW 1964, 1286	
4. 6. 1963 5 AZR 16/63	205 Nr. 2	AP § 127 BGB Nr. 1	OLG Frankfurt	29. 11. 1963 3 Ss 922/63 208 Nr. 9 NJW 1964, 510	
2. 8. 1963 1 AZR 9/63	73 Nr. 1	NJW 1963, 2289 = MDR 1963, 1045	LG Frankfurt	17. 12. 1962 5/7 Qs 298/62 352 JuS 1963, 330 Nr. 6 = NJW 1963, 1022 = WRP 1963, 60 = MA 1963, 134 (Hanack)	
3. 10. 1963 5 AZR 456/62	167 Nr. 13	NJW 1964, 173	OLG Hamm	13. 2. 1964 2 Ss 1635/63 412 Nr. 9 NJW 1964, 1285	
20. 12. 1963 1 AZR 428	291 Nr. 9	NJW 1964, 883 = MDR 1964, 448	26. 3. 1964 2 Ss 10/64	477 NJW 1964, 1427 (Eser)	
20. 12. 1963 1 AZR 429/62	291 Nr. 9	NJW 1964, 887	OLG Hamburg	29. 10. 1963 2 Ss 110/63 290 Nr. 8 NJW 1964, 736	
7. 2. 1964 1 AZR 251/63	331 Nr. 9	NJW 1964, 1197 = MDR 1964, 537	OLG Köln	12. 2. 1963 Ss 335/62 39 Nr. 7 NJW 1963, 1992	
8. 2. 1964 5 AZR 371/73	371 Nr. 8	NJW 1964, 2141	23. 7. 1963 Ss 135/63	124 Nr. 9 NJW 1963, 2383	
4. 6. 1964 2 AZR 310/63	500 Nr. 3	NJW 1964, 1918	OLG Stuttgart	22. 11. 1963 1 Ss 753/63 249 Nr. 8 NJW 1964, 413	
4. 6. 1964 2 AZR 346/63	505 Nr. 12	NJW 1964, 1739 = MDR 1964, 790	<b>Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte</b>		
<b>Bundessozialgericht</b>			OVG Hamburg	27. 9. 1963 Bf I 3/63 166 Nr. 11 MDR 1964, 178	
27. 6. 1963 GS 5/61	329 Nr. 5	BSGE 20, 1 = NJW 1964, 1093	VGH Kassel	24. 4. 1963 OS II 81/62 166 Nr. 12 DÖV 1964, 61	
17. 3. 1964 3 RK 107/59	420	BSGE 20, 244 = NJW 1964, 1388	22. 11. 1963 OS IV 14/61	414 Nr. 11 NJW 1964, 1638 = DVbl. 1964, 597	
			OVG Lüneburg	10. 5. 1963 I A 186/62 77 Nr. 8 DÖV 1963, 769	
			VGH Mannheim	14. 3. 1963 I 54/63 39 Nr. 8 DÖV 1963, 760	
			OVG Münster	23. 1. 1963 III A 355/57 76 Nr. 7 DVbl. 1963, 862	
			3. 10. 1963 VIII A 390/62	330 Nr. 8 JZ 1964, 367	
			21. 4. 1964 II A 1189/62	459 Nr. 8 NJW 1964, 1872	
			<b>Finanzgerichte</b>		
			FinG Neustadt a. d. W.	326 Nr. 1 DÖV 1964, 307	
			14. 11. 1963 III 77/63		

## IV. Gesetzesverzeichnis

<b>AktG</b>	§ 228: 322	§ 626: 97 ff., 141, 500,	§ 1090: 369	<b>BT-GeschO</b>
§ 75: 410 f.	§ 229: 299	505	§ 1098: 496	§ 81: 183
§ 97: 410 f.	§ 242: 159 f., 291, 327,	§ 627: 346 ff.	§ 1100: 126	§ 89: 183
§ 129: 11	328	§ 631: 198, 346 ff.	§ 1137: 125 f.	§ 95: 183
§ 131: 93 ff., 136	§ 249: 35, 206, 288, 409 f.	§ 633: 126, 198, 240,	§ 1138: 125	§ 97: 184
§ 132: 180	§ 253: 206	349 ff.	§ 1157: 125	
§ 134: 93 ff.	§ 254: 291, 331, 456 f.	§ 634: 198, 350 f.	§ 1160: 126	<b>BVerfGG</b>
§ 296: 12	§ 258: 125	§ 635: 350 f.	§ 1161: 126	§ 42: 75
	§ 264: 111	§ 638: 350 f.	§ 1166: 126	§ 47: 75
<b>ALR</b>	§ 271: 296	§ 640: 240	§ 1169: 125, 220, 299 f.	§ 63: 69
§ 10 II 17: 283	§ 273: 125, 291, 301	§ 641: 240	§ 1179: 410	§ 90: 69
	§ 275: 147, 199 f.	§ 644: 346 ff.	§ 1211: 125 f.	
<b>AnVG</b>	§ 276: 331	§ 649: 346 ff.	§ 1228: 301	<b>EGBGB</b>
§ 6: 420	§ 278: 456 f.	§ 651: 52	§ 1253: 149	Art. 15: 36
§ 9: 420	§ 279: 118	§ 660: 126	§ 1254: 125, 220, 299 f.	Art. 17: 501
§ 36: 420	§ 280: 147	§ 677: 200	§ 1282: 301	Art. 30: 501
§ 42: 329	§ 281: 147	§ 683: 198	§ 1355: 207	
<b>ArbnErfG</b>	§ 282: 191, 327	§ 684: 200	§ 1489: 126	<b>EGKS V</b>
§ 6: 216	§ 283: 112	§ 687: 202, 457	§ 1589: 427 f.	Art. 3: 307
	§ 284: 301 f.	§ 709: 425	§ 1599: 457	Art. 4: 345
<b>Bay.Verf.</b>	§ 285: 191, 311	§ 767: 426	§ 1626: 368	Art. 26: 345
Art. 55: 185	§ 286: 118	§ 768: 125 f.	§ 1629: 34	Art. 31: 474 ff.
	§ 293: 118 f.	§ 768: 426	§ 1631: 121	Art. 33: 474 ff.
<b>BBauG</b>	§ 306: 7 f.	§ 770: 126	§ 1632: 163	Art. 34: 476
§ 1: 310	§ 313: 244	§ 771: 125	§ 1638: 368	Art. 35: 474 f.
§ 93: 309	§ 315: 405 f., 456	§ 774: 129	§ 1643: 29	Art. 36: 475
§ 141: 309	§ 320: 8, 118, 125, 291,	§ 779: 74, 411	§ 1708: 247, 254, 411	Art. 41: 476 f.
	297 f., 490	§ 781: 74	§ 1709: 162	Art. 44: 394
<b>BBG</b>	§ 321: 125	§ 784: 129	§ 1710: 254, 411	Art. 53: 391, 394
§ 27: 403	§ 322: 118, 274	§ 792: 129	§ 1714: 254	Art. 63: 345
§ 65: 79 f.	§ 323: 251	§ 794: 421 f.	§ 1717: 254, 411	Art. 65: 345
§ 78: 499	§ 324: 119	§ 796: 129	§ 1738: 163	Art. 66: 394
	§ 325: 311	§ 811: 125	§ 1747: 161	Art. 88: 343, 475
<b>Berl. VwVerfG</b>	§ 326: 311, 407	§ 812: 25 f., 36, 108,	§ 1755: 173	Art. 92: 394
§ 4: 62	§ 327: 311 f.	121, 137 ff., 195,	§ 1770 a: 173	Art. 95: 394
	§ 328: 328	199 f., 248, 371,	§ 1795: 34	
<b>BGB</b>	§ 331: 328	457	§ 1822: 29 ff., 288	<b>EheG</b>
§ 11: 500	§ 334: 129	§ 813: 125 f., 219, 300 f.	§ 1909: 458	§ 6: 289
§ 21: 70	§ 351: 311 ff.	§ 814: 25	§ 1910: 458	§ 25: 174
§ 25: 70	§ 360: 150	§ 816: 202 f.	§ 1949: 176	§ 31: 173 f.
§ 54: 70	§ 364: 489	§ 817: 25 f., 108, 167	§ 1956: 176	§ 32: 173 f., 501 f.
§ 93: 409	§ 379: 126	§ 818: 36, 121, 371	§ 1973: 126	§ 33: 173 f., 501 f.
§ 94: 409	§ 390: 125, 126, 219, 298	§ 821: 126	§ 1989: 126	§ 34: 173 f.
§ 107: 33, 158, 287	§ 398: 201	§ 823: 120, 121, 191, 203,	§ 1990: 126	§ 37: 174, 501 f.
§ 108: 158	§ 399: 161	206, 287, 288, 291,	§ 2014: 126, 224	§ 49: 174
§ 109: 159 f.	§ 402: 201 f.	409 f.	§ 2015: 126, 224	§ 72: 369
§ 111: 159	§ 403: 201 f.	§ 826: 120	§ 2022: 125	
§ 119: 5, 7 f., 97, 142 ff.,	§ 404: 129	§ 831: 191	§ 2059: 126	<b>Euratom V</b>
169 ff., 287, 490,	§ 407: 201	§ 832: 25	§ 2078: 170, 174 f.	Art. 124: 342
493	§ 409: 126	§ 839: 287, 456 f., 459	§ 2080: 175	Art. 136: 474
§ 121: 9 f., 98	§ 417: 129	§ 840: 291	§ 2083: 126	Art. 141: 475
§ 122: 8, 101, 173	§ 419: 126	§ 853: 126	§ 2145: 126	Art. 144: 475
§ 123: 97, 121, 142 ff.,	§ 425: 423 f.	§ 855: 234	§ 2187: 126	Art. 146: 474 f.
172, 331, 458 f.	§ 426: 37	§ 861: 190	§ 2188: 126	Art. 147: 476
§ 125: 205	§ 432: 425	§ 867: 125	§ 2271: 248	Art. 148: 475
§ 127: 205	§ 433: 117 ff., 405	§ 868: 234	§ 2281: 175	Art. 155: 474
§ 131: 158	§ 437: 202, 497	§ 873: 369	§ 2289: 248	Art. 164: 394
§ 134: 167	§ 439: 497	§ 880: 410	§ 2301: 328	Art. 188: 344
§ 135: 161	§ 440: 118, 311, 313, 496,	§ 883: 245, 410, 498	§ 2318: 126	Art. 196: 345
§ 145: 158	498	§ 886: 125, 220, 299	§ 2319: 126	Art. 203: 394
§ 146: 158	§ 459: 1 ff., 47 ff.	§ 888: 498	§ 2322: 126	
§ 147: 160	§ 463: 7, 422	§ 892: 244 f.	§ 2328: 126	<b>EWGV</b>
§ 154: 205, 405, 456	§ 477: 5, 7 ff.	§ 906: 206	§ 2353: 244	Art. 12: 343
§ 155: 405	§ 478: 126	§ 912: 409	§ 2361: 38, 244	Art. 15: 343
§ 157: 169	§ 480: 50	§ 921: 409	§ 2368: 38	Art. 21: 394
§ 164: 33, 193	§ 490: 126	§ 925: 243		Art. 29: 307
§ 166: 73	§ 505: 496	§ 932: 357	<b>BNotO</b>	Art. 74: 308
§ 167: 368	§ 519: 126	§ 951: 138, 248, 328	§ 4: 408 f.	Art. 84: 308
§ 177: 368 f.	§ 526: 126	§ 952: 112	<b>Brem.Verf.</b>	Art. 85: 21 f., 122, 308,
§ 181: 30	§ 549: 457	§ 985: 112, 190, 357	Art. 118: 185	345
§ 184: 161	§ 558: 247	§ 986: 126, 297		Art. 104: 307
§ 185: 243	§ 571: 496	§ 987: 457	<b>BRRG</b>	Art. 150: 476 f.
§ 200: 300 f.	§ 573: 496	§ 994: 328	§ 42: 79	Art. 155: 342
§ 202: 125, 294 f.	§ 576: 126	§ 999: 314		Art. 164: 474 ff.
§ 209: 99, 395	§ 611: 331, 347, 371, 500,	§ 1000: 125, 314	<b>BjagdG</b>	Art. 169: 475
§ 222: 126, 220	505	§ 1004: 206, 413	§ 11: 322	Art. 172: 475
§ 223: 220	§ 612: 167	§ 1005: 125	§ 26: 322	Art. 173: 474 f.
	§ 613: 347 f.	§ 1006: 149, 240		Art. 174: 476
	§ 615: 251, 291, 500	§ 1007: 190		

Art. 175: 475  
 Art. 177: 20 ff., 476 f.  
 Art. 183: 474  
 Art. 187: 394  
 Art. 189: 326  
 Art. 192: 394  
 Art. 215: 344  
 Art. 235: 394

**FGG**  
 § 12: 38  
 § 32: 244  
 § 36: 500  
 § 85: 244  
 § 126: 252

**FStrG**  
 § 9: 75 f.

**GaststG**  
 § 16: 208

**GBO**  
 § 13: 410

**GenG**  
 § 33d: 96  
 § 33f: 96

**GewO**  
 § 1: 437  
 § 14: 38  
 § 26: 206  
 § 35: 270  
 § 133b: 505

**GG**  
 Art. 1: 161, 245, 370, 501  
 Art. 2: 73, 144 f., 367 f., 455 f.  
 Art. 3: 42, 114, 207, 246, 501  
 Art. 4: 287  
 Art. 5: 70, 287  
 Art. 6: 46, 161, 246, 247, 254, 289  
 Art. 7: 370 f.  
 Art. 9: 73, 291  
 Art. 12: 408 f., 438  
 Art. 13: 283 f.  
 Art. 14: 308 ff.  
 Art. 16: 455 f.  
 Art. 19: 161, 205  
 Art. 20: 113, 186, 271, 499  
 Art. 21: 69  
 Art. 24: 326, 393  
 Art. 28: 287  
 Art. 34: 456, 459  
 Art. 38: 71, 287  
 Art. 42: 183  
 Art. 46: 71  
 Art. 70: 231  
 Art. 72: 120  
 Art. 74: 276 f.  
 Art. 79: 326, 393  
 Art. 83: 299 ff.  
 Art. 84: 229 f.  
 Art. 87: 229  
 Art. 93: 229  
 Art. 97: 287  
 Art. 100: 21, 113  
 Art. 102: 455 f.  
 Art. 103: 67, 165, 270  
 Art. 104: 121  
 Art. 105: 120  
 Art. 129: 229 ff., 326  
 Art. 142a: 289

**GleichberG**  
 Art. 8: 36

**GVG**  
 § 13: 70, 413 f.  
 § 17: 163  
 § 169: 472

**GWB**  
 § 16: 122  
 § 26: 120, 456  
 § 35: 456

**HandwO**  
 § 1: 437  
 § 2: 437  
 § 4: 437  
 § 7: 437 ff.  
 § 8: 439  
 § 41: 438  
 § 83: 252  
 § 84: 252

**Hess. Verf.**  
 Art. 29: 42

**HGB**  
 § 17: 33  
 § 38: 11  
 § 39: 132 ff.  
 § 40: 133 f.  
 § 49: 33  
 § 50: 368 f.  
 § 124: 502  
 § 125: 502  
 § 126: 29 ff., 368 ff.  
 § 128: 37, 423  
 § 139: 502  
 § 161: 502  
 § 170: 502  
 § 171: 37  
 § 172: 37  
 § 346: 73  
 § 375: 405  
 § 377: 1 ff., 48 ff.  
 § 378: 1 ff., 46 ff.  
 § 390: 327  
 § 417: 327

**JGG**  
 § 3: 326

**KO**  
 § 68: 37  
 § 193: 426

**KSchG**  
 § 11: 500  
 § 13: 45

**MinÖlG**  
 § 2: 181 ff.

**MuSchG**  
 § 9: 45

**NebVO**  
 Nr. 1: 79 f.

**OBG NRW**  
 § 14: 330  
 § 17: 330  
 § 18: 330

**OWiG**  
 § 28: 283  
 § 48: 282  
 § 54: 282

**Pariser Verbandsüber-  
 einkunft v. 18. 3. 1904**  
 Art. 4: 215  
 Art. 11: 215

**PatG**  
 § 1: 214  
 § 2: 215  
 § 3: 216  
 § 4: 213  
 § 6: 213  
 § 7: 217  
 § 10: 213  
 § 23: 213  
 § 26: 213  
 § 27: 215  
 § 36: 213

**PBefG**  
 § 1: 368  
 § 2: 368  
 § 60: 368

**PVG NRW**  
 § 14: 282 ff.  
 § 16: 284  
 § 29: 282  
 § 33: 282

**pr. PVG**  
 § 14: 77, 330  
 § 19: 330  
 § 20: 330  
 § 43: 113 f.

**RBerMG**  
 § 3: 252

**RVO**  
 § 1265: 329

**SchwerbG**  
 § 14: 45  
 § 19: 45 f.  
 § 51: 209

**SoldG**  
 § 24: 499

**StGB**  
 § 4: 250  
 § 20: 123  
 § 421: 269 ff.  
 § 42m: 250, 412 f.  
 § 43: 323, 362 f.  
 § 46: 364  
 § 48: 502 f.  
 § 49: 323  
 § 50: 502 f.  
 § 51: 361  
 § 53: 16, 355  
 § 54: 16  
 § 56: 502 f.  
 § 73: 85 ff.  
 § 74: 89 ff.  
 § 76: 412 f.  
 § 79: 370, 412 f.  
 § 90a: 75  
 § 123: 323, 352 ff.  
 § 132: 291  
 § 133: 290  
 § 134: 291  
 § 138: 370  
 § 145d: 291, 324  
 § 154: 165  
 § 164: 291  
 § 170b: 411  
 § 173: 249  
 § 186: 329  
 § 187: 329  
 § 211: 53 ff., 503  
 § 212: 151 ff., 361 f.  
 § 216: 250, 379  
 § 218: 361  
 § 221: 154 f., 157, 364

§ 222: 14 ff., 53 ff., 412  
 § 223: 365  
 § 223a: 365  
 § 225: 381  
 § 226a: 373 ff.  
 § 229: 365  
 § 230: 208, 412  
 § 232: 503  
 § 240: 124, 373 ff.  
 § 242: 233 ff., 236, 290, 477 ff.  
 § 243: 323, 477 ff.  
 § 246: 39, 237  
 § 248a: 237  
 § 249: 151, 502 f.  
 § 251: 502 f.  
 § 257: 323  
 § 259: 324  
 § 263: 233 ff., 323, 482  
 § 266: 39  
 § 267: 290  
 § 274: 290  
 § 281: 291  
 § 292: 322 ff.  
 § 303: 322 ff.  
 § 330a: 249, 361  
 § 330c: 155, 157, 361 f.  
 § 350: 39  
 § 351: 39  
 § 370: 237

**StPO**  
 § 3: 326  
 § 52: 427 f.  
 § 53: 470  
 § 54: 470  
 § 81a: 208, 491  
 § 104: 283  
 § 105: 283  
 § 136a: 470  
 § 153: 503 f.  
 § 154: 325  
 § 155: 466 f.  
 § 163: 283  
 § 200: 325  
 § 244: 466 f.  
 § 252: 471  
 § 260: 503 f.  
 § 261: 468  
 § 262: 411  
 § 265: 165, 503 f.  
 § 331: 412 f.  
 § 344: 370  
 § 376: 503 f.  
 § 413: 208

**StVG**  
 § 2: 245  
 § 6: 166  
 § 7: 426 f.  
 § 21: 16  
 § 24: 123

**StVO**  
 § 1: 16  
 § 4: 166  
 § 10: 16  
 § 16: 166  
 § 45: 167

**TVG**  
 § 1: 73

**ÜV**  
 Art. 1: 289

**UWG**  
 § 1: 38, 120, 122, 162, 355  
 § 13: 123

**VerschG**  
 § 9: 244

**VerfO**  
 Art. 38: 475  
 Art. 69: 476  
 Art. 97: 474

**VerglO**  
 § 82: 426

**VwGO**  
 § 40: 209, 314 f., 370 f., 413 f., 504  
 § 42: 75 f., 103, 166, 445, 450, 483 ff., 499, 504, 505  
 § 47: 39  
 § 56: 485  
 § 58: 68, 485  
 § 59: 68  
 § 60: 447  
 § 61: 449  
 § 68: 62 ff., 275 ff., 316, 484  
 § 69: 278, 316  
 § 70: 278, 316, 446, 450  
 § 71: 449, 484  
 § 72: 279, 485 f.  
 § 73: 281, 318, 448 f., 485, 486  
 § 74: 281, 485  
 § 75: 316  
 § 77: 277  
 § 79: 62, 277, 448, 486  
 § 80: 271, 280  
 § 86: 245  
 § 100: 67  
 § 113: 103, 414, 459  
 § 114: 77, 166  
 § 117: 445  
 § 158: 486

**VwVG**  
 § 1: 499 f.

**WBewG**  
 § 21: 104  
 § 26: 104

**WG**  
 Art. 9: 490 f.  
 Art. 16: 488  
 Art. 28: 28, 487  
 Art. 53: 490  
 Art. 64: 489  
 Art. 67: 489

**WRV**  
 Art. 115: 284

**WStG**  
 § 3: 477

**ZahnheilkundeG**  
 § 4: 269 ff.

**ZPO**  
 § 33: 122  
 § 53: 458  
 § 74: 273  
 § 91: 457  
 § 91a: 207, 289  
 § 101: 272  
 § 138: 25, 150, 356  
 § 139: 23 f., 200, 240  
 § 146: 128  
 § 148: 458  
 § 156: 24  
 § 253: 110, 395

§ 255: 112, 147	§ 290: 357	§ 498: 128	§ 612: 458	§ 794: 150, 411
§ 259: 111 f., 147	§ 292: 149	§ 510 b: 111	§ 641: 457	§ 795: 150
§ 263: 163	§ 305: 128	§ 511: 164	§ 692: 128	§ 797: 128
§ 264: 122	§ 308: 111	§ 513: 398	§ 710: 242	§ 797 a: 128
§ 271: 25	§ 313: 273 f.	§ 525: 249	§ 713: 242	§ 807: 165
§ 274: 128	§ 315: 273	§ 537: 249	§ 726: 150	§ 813: 303
§ 276: 163, 274	§ 322: 164, 128	§ 547: 207	§ 732: 128	§ 838: 125
§ 278: 128	§ 345: 398	§ 567: 207	§ 767: 74 f., 128, 303,	§ 890: 123
§ 283: 128	§ 415: 239	§ 597: 128	458 f.	§ 935: 163
§ 287: 309	§ 445: 23, 194	§ 598: 128	§ 771: 273	§ 940: 163

## V. Sachverzeichnis

A = Aufsätze und Entscheidungsrezensionen; M = Methodik der Fallbearbeitung; R = Rechtsprechungsübersicht; J = Informationen;  
(E) = Hinweis auf Erläuterungen; (F) = Hinweis auf Fußnoten

- Abhilfeverfahren** 446 f. A  
**Abbruchverfügung**, Notwendigkeit angemessener Fristsetzung für – 205 R  
**Abhandenkommen** eines Wechsels 488 M  
**Abitur** als Voraussetzung für Zulassung zum Hochschulstudium 435 A  
**Abnahme** bei Werkvertrag 200 (E 13) M  
**Abnahmepflicht** des Käufers 118 M  
**Abordnung** eines Beamten 401 M  
**Abstraktes Gefährdungsdelikt** 362 M  
**Abtreibung** durch Selbstmordversuch einer Schwangeren 361 M  
**Abtretung**, pactum de non cedendo 162 R  
 Zustimmung des Schuldners 161 R  
 Wirksamkeit der – von Mietforderungen bei Vorkauf eines Grundstücks 496 M  
**Abtretungsvertrag**, Erhaltungspflichten aus dem – 201 f. M  
**Ackerland** s. Enteignung  
**actio pro socio** 425 A  
**Adoption**, Irrtum bei – 173 A  
**Aktunwert** und Erfolgswert der Tat 17 A  
**aliud** 46 f. A, s. auch Kauf  
**Allgemeine Aufgaben**, Texte der – 1947 bis 1964 in Bayern (Ref.) 414 ff. J  
**Allgemeine Geschäftsbedingungen**, Gültigkeit 327 R  
**Allgemeine Lagerbedingungen**, Beweislastvereinbarungen in – 327 R  
**Allgemeines Dienstatler**, Herabsetzung des –s als VA 504 R  
**Allgemeinkundige Tatsachen**, Verwertbarkeit im Strafprozeß 468 f. A  
**Allgemeinverfügung**, Verkehrszeichen als –en 166 R  
**Amtshaftung**, Abgrenzung zum Folgebeseitigungsanspruch 459 R  
 Aufbau des Gutachtens bei Konkurrenz zwischen – und enteignungsgleichem Eingriff 192 f. M  
 Schlüssigkeitsprüfung bei fahrlässiger Pflichtverletzung 193 M  
**Amtspflicht** der Polizei zur Gefahrenabwehr 77 R  
 s. auch Opportunitätsprinzip  
**Amtsverschwiegenheit** des Referendars 419 J  
**Analogieschlüsse**, Rechtsfortbildung durch – 422 ff. A  
**Aneignung** einer gestohlenen Sache 480 A  
**Anerkennung** s. Schuldanerkenntnis  
**Anfängliches Unvermögen** bei Kauf 496 f. M  
**Anfechtbarkeit** von Kostenentscheidungen im Zivilprozeß 207 R  
 von Prozeßhandlungen (hier: Erklärung der Erledigung der Hauptsache) 290 R  
 von Wechselerklärungen 490 M  
**Anfechtung** des Arbeitsvertrages 141 ff. A  
 von Dauerrechtsverhältnissen 142 f. A  
 von Willenserklärungen 169 f. A, 173 A  
 und Vollstreckungsabwehrklage 459 R  
**Anfechtungserklärung** im Prozeß 275 M  
**Anfechtungsklage** gegen Schulkonferenzbeschluß 166 R  
**Angeklagter**, Unterrichtung des –n über Veränderung tatsächlicher Gesichtspunkte 165 R  
**Angestelltenversicherungspflicht** der Referendare 420 J  
**Ankaufsrecht**, Begriff, gutgläubiger Erwerb und Vererblichkeit eines –s 244 f. M  
**Anklageschrift**, Inhalt der – 325 (F 43) M  
**Annahmeverzug** 118 f. M, 407 M  
**Anschaffungswertprinzip** 133 ff. A  
**Anscheinsbeweis** 149 M  
**Anspruchsgrundlage**, Behandlung sämtlicher – in klageabweisendem Urteil 108 f. M  
 Reihenfolge der Prüfung verschiedener – 201 M  
**Anspruchskonkurrenz**, Aufbau des Gutachtens bei – 191 M  
 Beweislast bei – 190 f. M  
 Verjährung bei – 247 R  
 zwischen Vertrags- und Deliktshaftung 247 R  
**Anstaltsunterbringung**, irrtümliche Einwilligung in – 287 R  
 Zulässigkeit der – Minderjähriger 121 R  
**Anstiftung** s. omnimodo facturus  
**Anteziertes Geständnis** 356 f. M  
**Antrag**, Einleitung des Verwaltungsverfahrens durch – 105 A  
 Notwendigkeit des –s für mitwirkungsbedürftigen VA 105 A  
 stillschweigender – 107 A  
**Antragsberechtigung** für Eintragung einer Rangänderung 410 R  
**Antragsteller**, Bescheidung des –s über Abschluß des Ermittlungsverfahrens 324 (F 35) M  
**Anweisung**, Kondiktion bei – 137 f. A  
**Anzeigespflicht** nach § 14 GewO für Sammelbesteller 38 R  
**Arbeitgeber**, Recht zur Aussperrung 43 f. A, 291 R  
 s. auch Betriebsrisiko  
 s. auch Fürsorgepflicht  
**Arbeitnehmer**, Haftung für Personalangaben bei Abschluß des Arbeitsvertrages 331 R  
 Verdachtskündigung 500 R  
**Arbeitskampf** s. Aussperrung  
**Arbeitsverhältnis**, Beendigung ohne Kündigung 291 R  
 Eingliederungstheorie 114 A  
 faktisches – 167 R  
 Rechtsnatur und Wesen 143 f. A, 251 R  
**Arbeitsvertrag**, Anfechtung 141 ff. A  
 beiderseitige Unmöglichkeit 291 R  
 Nichtigkeit von Einzelabreden 167 R  
**Architektenvertrag**, Bauaufsicht 348 A  
 Bauoberleitung 348 A  
 Bauplanung 348 A  
 Einstandspflicht aus – 349 f. A  
 Kündigung 351 f. A  
 Rechtsnatur 346 ff. A  
**arglistige Täuschung** 172 A  
 Schuldfähigkeit des Täuschenden 501 R  
**Arrestverfahren**, Rechtshängigkeit des –s 164 R  
**Assessorarbeit**, Gutachten und Urteil im Zivilrecht 22 ff. M, 108 ff. M, 147 ff. M, 190 ff. M, 238 ff. M, 272 ff. M, 356 ff. M, 441 ff. M  
 öffentlich-rechtliche – 62 ff. M, 112 ff. M, 275 ff. M, 314 ff. M, 444 M, 446 ff. M, 483 f. M  
 Strafrechtsklausur 320 ff. M  
 Zivilrechtsklausur 195 ff. M, 242 ff. M, 494 ff. M  
 Zivilprozeßrechtsklausur 397 ff. M  
**Assessorexamen**, Ergebnisse 1963 212 J  
**Assoziierungsabkommen** der Europ. Gemeinschaften 306 A  
**Auffangtatbestand**, Unterschlagung als – 39 R  
 Volltrunkenheit als – 362 M  
**Aufhebungsvertrag** s. Formzwang  
**Aufklärungspflicht** des Arbeitnehmers bei Einstellungsverhandlungen 146 f. A, 331 R  
**Auflage**, selbständige Anfechtbarkeit der – 103 A  
 s. auch Verwaltungsakt  
**Aufnahmeprüfung**, Anfechtbarkeit der – in Privatschule 370 f. R  
**Aufopferungsanspruch**, bürgerlich-rechtlicher – 328 R  
**Aufrechnung** mit einer einredebehafteten Forderung 298 A  
 und Vollstreckungsabwehrklage 459 R  
**Aufsichtsbeschwerde** 316 M  
**Aufsichtsratsvorsitzer**, Vertretungsbefugnis 410 f. R  
**Aufwendung**, Abgrenzung zwischen – und Verwendung 328 R  
 Ersatz von –en 198 M, 328 R  
**Ausbildung** an der Internationalen Fakultät für Rechtsvergleichung in Luxemburg 124 J  
 Ferienpraxis für Rechtsstudenten 209 J  
 Fortbildungsstudium auf dem Gebiet der europäischen Beziehungen 332 J  
 juristische – in Italien 77 J  
 Studienfahrt deutscher Jurastudenten nach Paris 332 J  
 Verwaltungsausbildung 505 J  
 s. auch Assessorexamen  
 s. auch Referendarexamen  
 s. auch Vorbereitungsdiens  
 s. auch wahlfreie Station  
**Ausforschungsbeweis** 24 M

- Auslegung**, „grundrechtseffektive“ – 70 M  
verfassungskonforme – 272 A, 282 M  
– von Willenserklärungen 196 f. A  
s. auch Gesetzesauslegung  
s. auch Gutachten
- Auslieferung** eines Verbrechens wegen  
einer mit der Todesstrafe bedrohten  
Tat 455 f. R
- Ausnahmebewilligung** 438 A
- Ausschlagung**, Irrtum bei – einer Erb-  
schaft 176 A
- Ausschließungseinrede** 126 A
- Außenzoll**, gemeinsamer – der Europ.  
Gemeinschaften 307 A
- Außerordentliche Kündigung** (Arbeits-  
rechte) „aus minder wichtigem Grund“  
505 R  
Fristgewährung bei – 505 R  
Verdachtskündigung 500 R
- Aussetzung** eines Hilflosen 154 M  
des Rechtsstreits zur Vorlage an den  
EuGH 21 A, 477 A
- Ausperrung**, Angriffs- und Abwehr- – 42  
A  
bei Arbeitnehmern mit besonderem  
Kündigungsschutz 45 A  
Gestaltung des Einzelarbeitsvertrags  
durch – 44 A  
Grundfragen 41 ff. A  
Kampfparrität 42 A  
kranke und beurlaubte Arbeitnehmer  
43 A  
personeller Wirkungsbereich 43 A  
Rechtmäßigkeit 43 f. A, 291 R  
Rechtsnatur 44 f. A  
Verhältnis zur Gesamtänderungskündi-  
gung 42 f. A  
von „wild“ Streikenden 44 A  
Wiedereinstellung 45 f. A
- Autonomieprinzip** bei Nötigung 377 A
- Avoué** 371 f. J
- Bauaufsicht**, Architektenvertrag über –  
348 A
- Bauleitplan**, Bedeutung des –s für Ermitt-  
lung des Verkehrswertes 309 A
- Bauoberleitung**, Architektenvertrag über  
– 348 A
- Bauplanung**, Architektenvertrag über –  
348 A  
mangelhafte – 350 f. A
- Bauwerk**, Einstandspflicht des Architekten  
für Fehler des –s 349 f. A
- Beamter**, Abordnung und Versetzung 401  
M  
Haftung gegenüber dem Dienstherrn  
499 f. R  
Rechtsschutz des – 504 R
- Bedingung** im Prozeßrecht 396 A
- Bedürfnisprüfung** bei der Bestellung von  
Notaren 408 f. R
- Beeinträchtigung**, Begriff der „wesent-  
lichen“ – nach § 906 I BGB 206 R
- Befähigungsnachweis**, großer – für das  
Handwerk 437 A
- Beginn der Ausführung** bei unechtem  
Unterlassungsdelikt 363 f. M
- Begriffsjurisprudenz**, Methode der –  
421 f. A  
Nachwirkungen 423 f. A
- Begründung**, Angabe von –en bei der  
Ausübung eines Gestaltungsrechts 97 A
- Begünstigung** 323 M
- Behauptungslast** 148 f. M  
bei Einrede 304 A  
Einfluß von Rechts- und Tatsachenver-  
mutungen 240 M
- Beihilfe** zum Selbstmord 250 R  
zur Wilderei 323 M
- Beklagtenwechsel** im Zivilprozeß 122 R
- Beleidigung** durch Kollektivbezeichnung  
329 R
- Beleuchtungspflicht**, polizeiliche – für  
Treppenhaus 282 ff. M
- Bereicherung**, Wegfall der – bei Lohn-  
überzahlung 371 R  
s. auch Kondiktion
- Bereicherungseinrede** 126 A
- Berufsausübung**, Untersagung der –  
durch Strafurteil und Verwaltungsakt  
269 f. A
- Berufsfreiheit** für staatlich gebundene Be-  
rufe 408 f. R
- Berufsverbot**, Bindung der Verwaltungs-  
behörde an Strafurteil bei – 269 ff. A
- Berufung** bei Haupt- und Hilfsantrag 249  
R  
gegen Versäumnisurteil 398 f. M  
Zulässigkeit der – 199 (E 11) M  
s. auch Rechtsmittel  
s. auch Rechtsschutzbedürfnis
- Berufungsinstantz**, Beklagtenwechsel in  
der – 122 R
- Berufungsurteil**, Tatbestand des –s 199  
(E 3) M
- Beschluß** s. Bundestagsbeschlüsse
- Beschränkt dingliche Rechte** an eigenen  
Grundstücken 369 R
- Beschuldigter**, Vernehmung des –n 470 A
- Beschwer** 164 R
- Besitzdiener**, Gewahrsam des –s 234 A
- Besitzer**, unberechtigter – 328 R
- Besonderes Gewaltverhältnis**, Grund-  
verhältnis 401 M  
Rechtsschutz im – 166 R, 504 R
- Bestätigungsschreiben**, Schweigen auf  
kaufmännisches – 71 R
- Bestimmtheit** eines Verwaltungsakts 115  
f. M  
des Klageantrags 395 ff. A
- Betreff** im Urteilseingang 272 f. M
- Betriebsrisiko** des Arbeitgebers 291 R  
Arbeitsausfall durch Landestruer 251 R
- Betriebsverhältnis** im besonderen Ge-  
waltverhältnis 166 R, 504 R
- Betrug** 323 M  
Abgrenzung zum Diebstahl 233 ff. A,  
477 ff. A
- Beurteilungsspielraum** 114 M
- Beweisantrag**, Übergehen von –n im Zi-  
vilprozeß 23 M  
Zulässigkeit von –n im Zivilprozeß 24 M
- Beweisaufnahme**, Parteivorbringen und  
– 24 f. M  
im Verwaltungsverfahren 67 M
- Beweisergebnis**, unzulässige Vorauswür-  
digung des –ses 23 M
- Beweisführungslast** 149 M
- Beweisinterlokt** des gemeinen Rechts  
234 M
- Beweislast** 148 f. M, 190 ff. M, 238 ff. M  
bei Anspruchskonkurrenz 190 ff. M  
bei besonderem Gerichtsstand 190 M  
bei Negativen 193 f. M  
bei ungerechtfertigter Bereicherung 195  
M  
bei Vertragsauslegung 238 f. M  
bei Wandlung oder Minderung 240 M  
im Wechselprozeß 195 M  
Rechts- und Tatsachenvermutungen  
240 M
- Beweislastverteilung**, Billigkeitserwä-  
gungen bei – 194 M  
Fehler bei – 23 M
- Beweislastvertrag** in Allgemeinen Ge-  
schäftsbedingungen 327 R
- Beweismittel** im Strafprozeß 467 ff. A
- Beweisstation** in der Assessorarbeit 22 ff.  
M
- Beweisverbote** im Strafprozeß 471 f. A
- Beweiswürdigung**, freie – im Strafprozeß  
473 A  
in Prüfungsarbeiten 23 M
- Bilanz** der Unternehmung 11 ff. A, 93 ff.  
A, 132 ff. A, 178 ff. A, 224 ff. A,  
263 ff. A  
Anlage- und Umlaufvermögen 93 f. A  
Anschaffungswertprinzip 133 ff. A  
Gewinnrealisationsprinzip 134 A  
Gliederungsgrundsätze 13 f. A, 93 ff. A  
Imparitätsprinzip 134 f. A  
Niederstwertprinzip 135 ff. A  
Tageswertprinzip 133 ff. A  
Verhältnis zur Gewinn- und Verlust-  
rechnung 178 ff. A  
Zweck 264 f. A
- Bilanzanalyse** 224 ff. A
- Bilanzbewertung**, Grundsätze der –  
132 ff. A
- Bilanzfälschung** 12 A
- Bilanzgewinn** 265 ff. A
- Bilanzierungsprinzipien** 11 ff. A
- Bilanzklarheit** 11 f. A
- Bilanztheorien** 263 f. A
- Bilanzverschleierung** 12 A
- Bilanzwahrheit** 11 f. A  
– als Bewertungsgrundsatz 133 A
- Billigkeit** s. Beweislastverteilung
- Bindung** des Strafrichters an Zivilurteile  
412 R  
– und Freiheit 374 A
- Bindungswirkung** ständiger betrieblicher  
Übung 39 f. R
- „Blinkfuer-Fall“ 120 R
- Blutalkoholgehalt**, Zwangsmaßnahmen  
zur Feststellung des –s 208 R
- Bodenpreis**, Prinzip der freien –e 308 f. A
- Bodenqualifikation** 309 A
- Bodenverkehr**, Prinzip des freien –s 308 f.  
A
- „Bosch-Urteil“ 20 ff. A, 308 A
- Bote**, Minderjähriger als – für Genehmi-  
gungserklärung seines gesetzlichen Ver-  
treters 160 (F 14) M
- Bundesaufsicht** 232 A
- Bundesgesetze**, Vollzug von –n durch die  
Länder 229 A
- Bundeskompetenz**, ungeschriebene –en  
228 ff. A  
s. auch Verwaltungskompetenz
- Bundesrecht** im verwaltungsgerichtlichen  
Normenkontrollverfahren 39 R
- Bundestagsbeschluß**, Rechtsverbindlich-  
keit 181 ff. A  
„schlichter“ – 184 ff. A
- Bundestags-Geschäftsordnung**, Rechts-  
charakter 186 A
- Bundestreue** 232 A
- Bundesverfassungsgericht**, Nachprü-  
fungskompetenz für Kontrollratsrecht  
289 R
- Bundesverwaltung**, Gestaltungsformen  
230 A
- Bundeswehr**, Diebstahl von Ausrüstungs-  
gegenständen der – 478 ff. A
- Bürgerschaft**, Einfluß der Herabsetzung der  
Hauptverbindlichkeit nach dem Ver-  
tragshilfeG 425 f. A
- causa** s. Legalcausa  
s. Kondiktion
- conditio sine qua non-Formel** bei Fahr-  
lässigkeitsdelikten 14 ff. A  
s. auch Kausalität
- culpa in contrahendo**, Haftung aus – bei  
Abschluß des Arbeitsvertrages 331 R
- „Dampfkessel-Urteil“ 228 ff. A
- Dauerrechtsverhältnis**, Anfechtung von  
–sen 142 f. A
- Dauerstraftaten** 84 A, 87 A
- Defektenverfahren** 499 R
- Delegation** s. Europ. Gemeinschafts-  
organe
- Deutsch-Arabisches Handelskammer**  
461 J

- Deutsche Bundespost**, Passivlegitimation im Verwaltungsprozeß 403 f. M
- 44. Deutscher Juristentag**, Reformvorschläge zum Recht des unehelichen Kindes 254 ff. A
- Diebstahl**, Abgrenzung vom Betrug 233 ff. A, 478 ff. A  
mittelbare Täterschaft bei – 236 A  
„Parkzettel-Fall“ 290 R  
Vollendung 482 A
- Dienstalder** s. Allgemeines Dienstalder
- Dienstbarkeit**, beschränkte persönliche 369 R
- Diensterfindung** 216 A
- Dienstvertrag**, Abgrenzung vom Werkvertrag 347 f. A
- Digestenexegese** 451 ff. M
- Diplomatische Vertreterkonferenz** bei den Europ. Gemeinschaften 342 A, 392 A
- Diskriminierungsverbot** 456 R
- Disziplinarrecht der Referendare**, Pflichtverletzungen im Dienst 418 ff. J  
Dienstvergehen außerhalb des Dienstes 459 ff. J
- dolus eventualis** 53 ff. A
- dolus subsequens** 151 M
- Doppelmangel**, Kondiktion bei – im Valuta- und Deckungsverhältnis 138 f. A
- Doppelnatur**, Lehre von der – des Prozeßvergleichs 411 R
- Doppelselbstmord**, einseitig fehlgeschlagener – 250 R
- Dreiecksrechtsverhältnis**, Anspruchsgegner im – 137 ff. A, 248 R
- Dreimonatseinrede** 126 A
- Dritter**, Bereicherungsanspruch bei Leistung an –n 137 ff. A
- Drittchadensliquidation** 35 R
- Dritt widerspruchsklage** gegen Urteil des EuGH 474 A
- Drittwirkung** von Grundrechten 70 M, 73 R, 120 R
- Drohung**, Willensmangel bei – 172 A
- Dürftigkeitseinrede** 126 A
- eGmbH**, Beteiligung von Minderjährigen 288 R
- Ehebruch** s. Eheverbot
- Ehefrau**, Name der – 207 R
- Ehelichkeitsanfechtungsprozeß**, Widerklage 457 R  
Kosten 457 R
- Ehescheidung**, Wirksamkeit einer Vereinbarung über – 369 R
- Ehescheidungsrecht**, ausländisches – und ordre public 501 R
- Eheschließung**, Irrtum bei – 173 f. A
- Eheverbot**, Verfassungsmäßigkeit des –s wegen Ehebruchs 289 R
- Ehrengerichtsverfahren** und Parteiaus-schluß 71 M
- Eigentümer**, Verhältnis zum nichtberechtigten Besitzer 328 R
- Eigentumsentziehung**, Erschwerung der Verfügungsmöglichkeit als – beim Diebstahl 479 A
- Eignungsprüfung** 435 A  
zur Eintragung in die Handwerksrolle 439 A
- Eignungstest**, charakterologischer – bei Führerscheinbewerbern 245 R  
– für das Rechtsstudium (USA) 429 ff. A  
– – Anwendungsmöglichkeiten in Deutschland 435 ff. A
- Einbau**, Bereicherung bei – 138 A
- Eindringen** bei Hausfriedensbruch 353 A
- Eingreifen Dritter**, Unterbrechung des Kausalverlaufs bei – 410 R
- Eingriffskondiktion** s. Leistungskondiktion
- Einheitlichkeit**, Grundsatz der – der mündlichen Verhandlung 24 M
- Einrede** des bürgerlichen Rechts 125 ff. A, 218 ff. A, 293 ff. A  
– des nicht erfüllten Vertrages 118 M, 125 A, 239 f. M, 274 M  
dilatorische –n 127 A  
peremptorische –n 127 A  
prozeßhindernde –n 128 A  
prozessuale –n 128 ff. A  
Wiedergabe im Urteilstatbestand 199 (E 10) M  
Wirkungen 218 ff. A  
Zustandekommen der –wirkungen 293 ff. A
- Einstellungsverfügung**, Abfassung der – 324 (F 24) M
- Einstweilige Verfügung**, Rechtshängigkeit von –n 163 R
- Einverständnis** s. Einwilligung
- Einwand** 129 f. A
- Einwendung** 128 f. A
- Einwendungstheorie** 297 A
- Einwilligung**, tatbestandsausschließende Wirkung der – (Strafrecht) 354 A  
zur Freiheitsberaubung 287 R  
„Elfes-Urteil“ 368 R
- Elterliche Gewalt**, Schranken der – bei Vermögensverwaltung 368 f. R
- Elternrecht**, Einschränkung durch staatliche Schulaufsicht 504 f. R  
Wesensgehaltsgarantie des –s 161 R.
- Enteignung**, Bemessung der Entschädigung bei Ackerland 308 ff. A
- Enteignungsgleicher Eingriff** s. Amtshaftung
- Entlastungsbeweis**, kein – des Polizeipflichtigen 331 R
- Entschädigung** s. Enteignung
- Entscheidungsgründe**, Aufbau der – 109 f. M, 275 M
- Entschließung** des Bundestages 183 ff. A  
–en der Staatsanwaltschaft nach Abschluß der Ermittlungen 324 ff. M
- Erbe**, Eintritt des –n eines Komplementärs in KG 502 R
- Erbergemeinschaft**, Erteilung einer Prokura durch – 31 M
- Erbenhaftung**, Einrede der beschränkten – 126 A
- Erbschein**, Erteilung eines –s an Nichtberechtigten 244 M
- Erbscheinsinziehungsverfahren** 38 R
- Erfahrungswissen** des Richters, Verwertbarkeit im Strafprozeß 469 A
- Erfinderrecht**, allgemeines – 213 f. A
- Erfindung**, Begriff 214 A
- Erfindungshöhe** 215 f. A
- Erfolgsabwendungspflicht** aus vorangegangenen Tun 363 M
- Erfolgswert** und Aktunwert der Tat 17 A
- Erfüllung**, Beweislast für – 150 M  
eines einredebehafteten Anspruchs 300 f. A
- Ergebnis der Ermittlungen** 326 M
- Erklärungsirrtum** 171 A
- Erklärungstheorie** im Zivilrecht 170 A
- Erlaubnisvorbehalt**, Verbot mit – 106 A
- Erlidigung der Hauptsache**, Bindung an Erklärung über 290 R  
Kostenentscheidung bei teilweiser – 207 R
- Erlöschen** eines Anspruchs und Einrede 219 ff. A
- Erlöschungswirkungen**, Beseitigung von – 223 A
- Ermächtigungsnorm** für belastende Verwaltungsakte 113 M
- Ermessensausübung**, subjektives Recht auf fehlerfreie – 115 M
- Ermessensfehler** bei Erlaß eines Verwaltungsakts 114 M
- Ermessensnachprüfung**, Verfahren mit unbeschränkter – beim EuGH 474 f. A
- Ersatzvornahme**, Tragung der Kosten einer polizeilichen – 330 R
- Erstzwang**, Erstattung der Kosten für – 206 R
- Ersetzungsbefugnis** 110 M
- Erstattungsanspruch** des Arbeitgebers bei Lohnüberzahlungen 371 R
- Erzeugnisschutz** 216 A
- Erziehungsrecht** der Eltern 121 R  
Einschränkung durch staatliche Schulaufsicht 504 f.
- Euratom** s. Europäische Gemeinschaften
- Europäische Gemeinschaften**, Allgemeine Aspekte 305 ff. A  
Beziehungen zu Drittländern 306 A  
Entstehungsgeschichte 305 ff. A  
Justizrecht der – 474 ff. A  
Kartell- und Subventionsverbot 307 A  
rechtliche Selbständigkeit 342 A  
Rechtsquellen der – 341 f. A, Gründungsverträge als – – 341 A, – – und innerstaatliches Recht 326 R, 343 A, – – und Völkerrecht 343 A  
Steuersysteme in den – 308 A  
Studienkurs über – in Luxemburg 292 J  
Ziele der – 306 f. A  
s. auch Gemeinschaftsorgane  
s. auch Gemeinschaftsverträge
- Europäische Institutionen**, Sitz der – 306 A  
s. auch Gemeinschaftsorgane
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft** 306 A
- Europäischer Gerichtshof**, Aufbau und Verfahrensweise 474 f. A  
Rechtsschutzsystem 474 f. A  
verfahrensrechtliche Fragen bei Vorlage nach Art. 177 EWGV 20 ff. A, 476 A
- Europäisches Parlament**, Stellung und Aufgaben des –s 392 A
- Europarat** 307 A, 343 A  
wahlfreie Station beim – 40 J
- Eventualantrag** 110 M
- Eventualklage** 111 f. M, 147 M
- Evidenztheorie** 63 (F 14) M
- EWG** s. Europäische Gemeinschaften
- EWGV**, Verfassungsmäßigkeit des Zustimmungsgesetzes zum – 326 R  
s. auch Europäische Gemeinschaften, Rechtsquellen
- Examensergebnisse** der 1. und 2. juristischen Staatsprüfung 1963 212 J
- exceptio doli** bei Mißbrauch der Vertretungsmacht 368 f. R  
im römischen Recht 452 ff. M
- Fachaufsicht**, Staatsaufsicht über Gemeinden als – 76 R
- Fahrerlaubnis**, Gesamtstrafenbildung bei mehrfacher Entziehung der – 412 f. R  
rückfälliges Fahren ohne – 123 R  
Wiedererteilung nach Ablauf der Sperrfrist 250 R
- Fahrlässigkeit**, Abgrenzung von bedingtem Vorsatz und bewußter – 53 ff. A  
conditio-sine-qua-non-Formel 14 ff. A  
Vorhersehbarkeit 19 A  
s. auch Kausalverlauf
- Faktischer Arbeitsvertrag** 410 R
- Faktische Gesellschaft** 32 f. M
- Fallbearbeitung** s. Assessorarbeit  
s. Referendarklausur  
s. Übungsklausur
- Fälligkeit**, Beweislast für – 150 f. M
- falsa demonstratio non nocet** 169 f. A
- Falschlieferung** s. Kaufvertrag
- Fälschung**, Einwand der – des Wechsels 489 M
- Ferienpraxis** für Rechtsstudenten 209 f. J
- Feststellungslast** 149 M
- Fideikommiß** 455 (E 3) M
- Finale Handlungslehre**, Vorsatzbegriff 58 (F 46) A, 59 (F 58) A

- Fiskalisches Handeln** der Verwaltung 385 A
- „Flaschenpfand-Fall“** 481 (F 41) A
- Föderalistische Ordnung**, Verteilung der Verwaltungskompetenzen 233 A
- Folgenbeseitigungsanspruch**, Abgrenzung zur Amtshaftung 459 R
- Forderung** als „sonstiges Recht“ 203 M
- Formzwang**, Aufhebung vertraglich vereinbarten –s 205 f. R
- Fortbildungsstudium**, europäische Beziehungen 332 J
- Fortschrittlichkeit** einer Erfindung 215 A
- Fortsetzungstat** 85 A
- Frankreich**, Organisation der Anwaltschaft 371 f. J
- Referendartagung über französisches Recht 40 J
- Freiheitsberaubung**, Rechtmäßigkeit der – 287 R
- Freiheitsentziehung**, Voraussetzungen der Zulässigkeit einer – 121 R
- Fremdabtreibung** durch Unterlassen 365 M
- Fremdbesitzererzeß** 457 R
- Fürsorgepflicht** des Arbeitgebers 97 A
- furtum usus** an Parkzettel 290 R
- Garantenpflicht** des Gastwirts bei Fahrlässigkeit des Gastes 208 R
- Garantenstellung** aus freiwilliger Übernahme 412 R
- aus natürlicher Verbundenheit 330 R
- aus Vertrag 412 R
- aus vorangegangenen Tun 208 R
- bei unechtem Unterlassungsdelikt 152 f. M, 363 M
- Garantiehaftung** bei anfänglicher Unmöglichkeit 498 f. (E 7) M
- Gattungskauf**, vertragswidrige Lieferung beim – 46 ff. A
- Gattungsschuld** 118 M
- Abgrenzungsprobleme 51 f. A
- Konkretisierung bei Kauf auf Abruf 408 M
- Gebotsirrtum** bei echtem Unterlassungsdelikt 370 R
- bei Rauschat 363 M
- Gebrauchsanmaßung** s. **furtum usus**
- Gebrauchsmuster** 218 A
- Gefährlicher Gewohnheitsverbrecher** 123 R
- Gemeinde** s. **Fachaufsicht**
- Gemeinschaftsfrieden** als Schutzzweck von Strafbestimmungen 353 A
- Gemeinschaftsorgane**, europäische 391 ff. A
- Durchführungsbestimmungen der – 342 A
- Eingriffsbefugnisse der – 393 ff. A
- Hohe Behörde 391 A
- Kommissionen 391 A
- Kompetenzen 394 A
- Kompetenzdelegation 342 f. A
- Rat 392 A
- Versammlung 392 A
- Vollstreckung von Akten der – 394 A
- Gemeinschaftsverträge**, europäische 341 ff. A
- Geltungsbereich der – 345 A
- Vertragskonkurrenz 345 A
- Vertragsrevision 343 A
- Gemischter Vertrag** 348 f. A
- Genehmigung** des Vertragsschlusses eines Minderjährigen 159 f. M
- s. auch **Vormundschaftsgericht**
- Generalklausel**, Anwendung von –n im bürgerlichen Recht 442 f. M
- im Strafrecht 373 ff. A
- polizeirechtliche – 283 f. M
- Gerechtigkeit** und Rechtssicherheit 428 f. A
- Gerichtskundige Tatsachen** 468 f. A
- Geringfügigkeitsprinzip** bei Nötigung 376 A
- Gesamvertretung** bei KG 502 R
- Geschäftsführung ohne Auftrag** 198 M, 426 f. A
- Geschäftsgrundlage**, Wegfall der – wegen Unerreichbarkeit des Vertragszwecks 292 R
- Geschäftsverteilungsplan**, Rechtsmittel gegen – 287 R
- Geschiedenenwitwenrente** 328 R
- Gesellschaft**, faktische – 32 f. M
- Gesellschafter**, Minderjähriger als – einer oHG 27 ff. M
- Gesetzesauslegung**, Fragen der – im Gutachten 441 ff. M
- Gesetzesbefehl**, Inhalt des –s 182 f. A
- Gesetzesbeschluß** 183 A
- Gesetzeskonkurrenz** 89 ff. A, 92 A, 237 A
- Konsumtion 90 A, 238 A
- Spezialität 90 A, 237 A
- Subsidiarität 91 A, 237 A
- zwischen Untreue und Unterschlagung 39 R
- Gesetzeslücken**, Ausfüllung durch den BGH 421 ff. A
- Gesetzesvorbehalt** 113 M
- Gesetzgebungskompetenz**, ungeschriebene – des Bundes 231 ff. A
- Gesetzgebungsverfahren** 183 f. A
- Gesetzliche Vertretung**, Behandlung im Rubrum 272 f. M
- Gesetzmäßigkeit** der Verwaltung 112 ff. M
- Gestaltungsbefugnis** 130 A
- Gestaltungsgrund**, Nachschieben von –en 97 ff. A
- Gestaltungsrecht**, Einrede als Ausübung eines –s 293 ff. A
- Mehrheit von –en 99 A
- Geständnis** im Strafprozeß 467 A
- Würdigung von Parteivorbringen als – 356 f. M
- Gestohlene Sache**, Kauf einer – und Rücktrittsrecht 310 ff. A
- Gewahrsam** 234 A
- Abgrenzung vom Besitz 234 A
- Bruch des –s 235 A, 478 A
- Gewaltanwendung** im Straßenverkehr als Nötigung 124 R
- Gewaltentrennung** im parlamentarischen System 189 A
- innerhalb der Europäischen Gemeinschaften 326 R, 393 A
- Gewaltverhältnis** s. **besonderes –**
- Gewerbebetrieb**, Eingriff in Recht am eingerichteten und ausgeübten – 288 R, – Meinungsäußerung als – 120 R, – Streik als – 291 R
- Gewerkschaft** als Gehilfin bei wildem Streik 291 R
- Anspruch auf Zuziehung zu Tarifvertragsverhandlungen 73 R
- Gewinn- und Verlustrechnung**, Analyse der – 228 A
- Aufstellung der – 178 ff. A
- Brutto- und Nettorechnung 179 ff. A
- Kontoform oder Staffelform 181 A
- Gewinnrealisationsprinzip** 134 A
- Gewohnheitsrecht**, Abbau von – wegen Verstoßes gegen Gerechtigkeit 428 f. A
- Begründung von Ruhegeldansprüchen durch – 39 R
- Gewohnheitsverbrecher**, Begriff der Gefährlichkeit beim – 123 R
- Giebelmauer**, Eigentumsverhältnisse bei Anbau an 409 R
- Giftbeibringung** 365 M
- Glaubensfreiheit**, Prinzip der – und Verbindlichkeit sittlicher Wertvorstellungen im Strafrecht 380 A
- Gläubigerverzug** 118 f. M, 406 f. M
- Gleichberechtigungsgrundsatz**, Anwendbarkeit des –s im IPR 501 R
- Gleichheitssatz**, Verhältnis zu den übrigen Grundrechten 246 R
- Gleichstellungsproblem** beim unechten Unterlassungsdelikt 153 ff. M
- Gleichwertiges Parteivorbringen** im Gutachten 358 f. M
- Gratifikation**, Rückzahlungsklausel bei 167 R
- Grenzeinrichtung** 409 R
- Grundrechte**, Drittwirkung 70 M, 73 R, 120 R
- Wirksamkeit der – im Verhältnis zwischen politischen Parteien und ihren Mitgliedern 72 (E 24) M
- s. auch **Elternrecht**
- s. auch **Meinungsäußerung**
- s. auch **Wohnung**
- Grundrechtsverletzungen**, Rüge von das Strafverfahren betreffenden – in der Revision 370 R
- Grundstück**, beschränkt dingliche Rechte an eigenem – 369 R
- Grundurteil**, Abfassung des –s 273 M
- Grundverhältnis**, Anspruch aus – und Wechselanspruch 489 M
- im besonderen Gewaltverhältnis 166 R
- Gutachten**, die Lehre von – und Urteil 22 ff. M, 108 ff. M, 147 ff. M, 190 ff. M, 238 ff. M, 272 ff. M, 356 ff. M, 441 ff. M
- Aufbaufragen, allgemein 25 ff. M., – bei Anspruchskonkurrenz 191 ff. M., – bei verfassungsrechtlichen Erörterungen 285 (E 17) M., – bei Widerspruchsbescheid 278 M;
- Klausurtechnik im öffentlichrechtlichen – 284 (E 1) M
- rationelle Arbeitsmethode 26 M
- Stil des –s und Urteilsstil 108 ff. M, 322 M
- typische Mängel 356 ff. M
- verwaltungsrechtliches 62 ff. M
- Güterabwägungsprinzip** bei Nötigung 376 A
- Güterrechtsstatut**, Unwandelbarkeit des –s von Sowjetzonenflüchtlingen 36 R
- Handlungsbegriff**, Bestimmung des –s nach natürlicher Lebensauffassung 83 A
- im Strafrecht 155 M
- Handlungseinheit** 82 ff. A
- Handlungshaftung**, Zusammentreffen von – und Zustandshaftung 330 R
- Handlungsmehrheit** 82 ff. A
- Handwerk**, Bedeutung des –s für die Wirtschaft 438 A
- Handwerkskammern**, juristische Tätigkeiten der – 251 f. J
- Handwerksrolle**, befristete Eintragung in die – 439 A
- Eintragung im Wege der Ausnahmegenehmigung 437 ff. A
- Haupt- und Hilfsbegründung** im Gutachten 443 f. M
- Hauptpflichten** beim Kaufvertrag 406 M
- Hauptsache** s. **Erledigung der –**
- Haupttat** und Nebenat 238 A
- Hausfriedensbruch** 323 M
- durch Testkäufer 352 ff. A
- Rechtfertigungsgründe für – 355 A
- Hausrecht** als Rechtsgut 353 f. A
- Vorausverzicht auf – 355 f. A
- Haussuchung**, polizeiliche Befugnisse zur – 283 M
- zur Nachtzeit 284 M
- Hausverbot** und Hausfriedensbruch 354 A
- Heimtücke** bei Mord 503 R
- Herausgabe**, Klage auf – des Kindes nach Ehelichkeitserklärung 163 R
- Hilfsantrag** s. **Berufung**

- Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft**, Zwangsbefugnisse zur Feststellung des Blutalkoholgehalts 208 R
- Hilfsbegründung** im Gutachten 443 f. M
- Hilfsgutachten** 108 M, 147 f. M
- Hilfsstatsachen**, Würdigung im Gutachten 357 f. M
- Hirtenbrief**, Wahlbeeinflussung durch – 287 R
- Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer**, Arbeitstagung über die Verwaltungsausbildung der Juristen 505 f. J
- Hochschulnachrichten** 168 J, 507 f. J
- Hoheitsrechte**, Übertragung von –n des Bundes auf zwischenstaatliche Einrichtungen 326 R
- Hörensagen**, Zeugnis vom – im Strafprozeß 478 A
- Hypothek**, Anspruch auf Aufgabe einer – bei Einrede 299 f. A
- Idealkonkurrenz** 85 ff. A  
zwischen Diebstahl und Betrug 236 f. A
- Immissionen**, Rechtsweg für Klage gegen – von gemeindeeigenen Grundstücken 413 f. R  
überholende Kausalität 206 R
- Immunität** 71 M
- Imparitätsprinzip** 134 f. A
- Individualrechtsgut** 375 A
- in dubio pro reo** bei Volltrunkenheit 361 f. M
- Ingenieur** 152 M, 363 M
- Inhaltsirrtum** 171 A
- Instanzenzug**, kein Anspruch auf mehrstufigen – 71 M
- Interessenjurisprudenz** 422 A
- Internationale Fakultät für Rechtsvergleichung** 124 J, 292 J
- Internationales Privatrecht** s. Gleichberechtigungsgrundsatz
- Interzonales Privatrecht**, Güterrechtsstatut im – 36 R
- ipso iure-Wirkung** der Einrede 129 ff. A, 293 ff. A
- Irrtum**, Regelung im Zivilrecht 169 ff. A  
wechselrechtliche Erklärung 490 M  
s. auch Motivirrtum  
s. auch Willensmangel
- Italien**, Jurastudium in – 77
- Jagdausübung** 322 M
- Jagdwilderei** 322 M
- Jugendlicher**, Strafverfahren gegen – 326 (F 48) M
- Kann-Recht**, Einrede als – 295 A
- Kapitalstruktur**, Analyse der – 226 f. A
- Kartellverbot** in den Europ. Gemeinschaften 307 A
- Kaufvertrag**, Kauf auf Abruf 405 f. M  
Fehlerbegriff beim – 1 ff. A  
Hauptpflichten aus – 118 M, 406 M  
Lieferung eines aliud 10 f. A  
Rechte des Käufers einer gestohlenen Sache 310 ff. A  
Schlechtlieferung 1 ff. A, 46 ff. A
- Kausalität**, subjektive – des Irrtums 171 f. A  
von Tun und Unterlassen (Strafrecht) 14 f. A  
überholende – 206 R  
Unterlassungsdelikte 152 f. M
- Kausalitätstheorien** im Zivilrecht 409 f. R
- Kausalverlauf**, hypothetischer – beim Fahrlässigkeitsdelikt 14 ff. A
- Kind**, Klage auf Herausgabe eines –es 163 R  
Wohnsitz des ehelichen –es 500 R
- Kindsverater**, rechtliche Beziehungen des unehelichen Kindes zum – 257 ff. A
- Klageänderung**, Nachschieben von Einwendungen in der Vollstreckungsabwehrklage als – 74 R  
Parteiwechsel als – 122 R  
Prüfung der Zulässigkeit im Gutachten 193 M
- Klageantrag**, Ausschöpfung des –s im Urteil 273 M  
Bestimmtheit 395 ff. A
- Klagebefugnis**, Prüfung der – im Verwaltungsprozeß 445 M
- Klagebegründung**, mehrfache – im Gutachten 443 f. M
- Klageerhebung**, rückwirkende Heilung von Mängeln der – 397 A  
Verjährungsunterbrechung durch – 99 A, 395 ff. A
- Klagenhäufung**, alternative – bei verschiedenen Sachverhalten 110 M, 396 A
- Klageleugnen** 128 f. A
- Klausurtexte** aus dem bayerischen Referendarexamen 210 f., 414 ff. J
- Kollektivbeleidigung** 329 f. R
- Kommanditist**, Haftung des ausgeschiedenen –en 37 R
- Kommunalaufsicht**, Schranken der – 76 R
- Kompaniechef** als Gewahrsamsinhaber an Ausrüstungsgegenständen 478 A
- Komplementär**, Ausscheiden eines von zwei gesamtvertretungsberechtigten –en 502 R
- Kondiktion** bei Ungleichartigkeit der gegenseitigen Leistungen 36 R  
bei Leistung an einen Dritten 137 ff. A  
Beweislast bei 195 M  
der Erfüllung eines einredebehafteten Anspruchs 300 A  
Verhältnis von Eingriffskondiktion und Leistungskondiktion 248 R  
wegen Zweckverfehlung 25 M
- Konkurrenz** s. Gesetzeskonkurrenz  
s. Handlungseinheit
- Konkurrenzlehre**, Grundfragen der strafrechtlichen – 81 ff. A
- Konkurs** einer KG, Haftung des ausgeschiedenen Kommanditisten 37 R
- Konsumtion** 90 A, 238 A
- Kontrahierungszwang**, Schließung von Vertragslücken bei – 456 R
- Kontrollratsrecht**, Änderung von – 289 R
- Körperverletzung** 375 f. A  
Einwilligung in – 373 ff. A  
Mordversuch als – 365 M  
s. auch Staatsanwaltschaft
- Kosten** des Ehelichkeitsanfechtungsprozesses 457 R  
im Verfahren vor dem EuGH 476 A  
im Widerspruchsverfahren 485 f. M
- Kostenentscheidung**, Anfechtbarkeit der – bei teilweiser Erledigung der Hauptsache 207 R  
in Prüfungsarbeiten 242 M
- Kraftwagen**, Verlust der Gebrauchsmöglichkeit als Vermögensschaden 206 R
- Kunde**, Abwerbung von –n als unlauterer Wettbewerb 162 R
- Kreationstheorie** 422 A
- Kündigung**, Beendigung des Arbeitsverhältnisses ohne – 291 R  
Begründungserfordernis 97 A  
s. auch außerordentliche Kündigung
- Landestruer**, Arbeitsausfall wegen – 251 R
- Law School**, Zulassungsvoraussetzungen 429 A
- Law School Admission Test (USA)**, Inhalt des – 429 A  
Richtlinien für den – 430 A  
Testkritik – 434 ff. A  
Vorgeschichte des – 429 A
- Legalcausa**, § 275 I BGB als – 200 (E 19) M
- Legitimationswirkung**, formelle – des indossierten Wechsels 488 ff. M
- Leistung** 248 R
- Leistungsklage** im Verwaltungsprozeß 334 A
- Leistungskondiktion**, Vorrang vor Eingriffskondiktion 248 R
- Leistungsverhältnis** s. Doppelmangel
- Letztwillige Verfügung**, Irrtum bei – 174 f. A
- Liberationslegat** 453 M
- Limitierte Akzessorietät** 502 f. R
- Liquiditätslage**, Analyse der – 227 A
- Literaturschau**, Strafrecht 461 ff. J
- Literaturverarbeitung** in der Hausarbeit 408 (F 17) M
- Lohnüberzahlung** 371 R
- Löschungsvormerkung** 410 R
- lucrum ex negotiatione** 203 (F 13) M
- Mängleinrede** 126 A
- Maßregeln der Sicherung und Besserung**, Berufsverbot 271 A
- Mehrheit** von Anträgen 110 M
- Mehrverkehr**, Haftung für Kindesunterhalt bei – (Reform) 256 A
- Meineid** bei Offenbarungseid 165 R
- Meinungsfreiheit** der Mitglieder politischer Parteien 70 M  
und Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb 120 R  
und Wahlbeeinflussung 287 R
- Meistbegünstigung** s. Rechtsmittel
- Meisterprüfung** 438 A
- Methodik** der Fallbearbeitung  
s. Fallbearbeitung
- Mietanspruch**, Verfügung über –e bei Vorkauf eines Grundstücks 496 f. M
- „Milchfahrer-Fall“** 162 R
- Minderjähriger**, Beitritt zur eGmbH 288 R  
als Gesellschafter einer oHG 27 ff. M  
Vertragsschluß 158 M  
Wechselakzept 421 f. A  
s. auch Bote
- Minderung** beim Werkvertrag 198 M  
s. auch Beweislast
- Mitgewahrsam** 234 A
- Mittelbare Täterschaft** bei Unterlassungsdelikt 156 M  
Diebstahl in – 236 A
- Mitverschulden** bei Amtshaftung 456 f. R
- Montanunion** s. Europ. Gemeinschaften
- Moralwidrigkeit** 376 A
- Mord**, Abgrenzung zwischen – und fahrlässiger Tötung 53 ff. A  
Heimtücke bei – 503 R
- Motivirrtum** 171 f. A  
bei Einwilligung in Anstaltsunterbringung 287 R
- Nachschieben** von Gestaltungsgründen 97 ff. A
- Nachtat**, mitbestrafte – 82 A, 92 A
- Nachversicherung** ausscheidender Referendare 420 J  
Passivlegitimation für Anspruch auf – 420 J
- Name** der Ehefrau 207 R
- Nationale Gerichtsbarkeit**, Abgrenzung des Kompetenzbereichs der – gegenüber EuGH 474 A
- Nebenintervenient** im Rubrum 272 M
- Ne bis in idem** 270 f. A
- Neuheit** einer Erfindung 215 A
- Nichtakt** 62 M
- Nichtberechtigter**, Verfügung eines –n 243 M
- Nicht erfüllter Vertrag** s. Einrede
- Nichtigkeit** s. Verwaltungsakt
- Nichtigkeitsklage** beim EuGH 474 f. A
- Niederwertprinzip** 135 ff. A

- Normen**, rechtsbegründende und rechts-hindernde – 149 M
- Normenkontrollverfahren**, verwaltungsgerichtliches 334 A  
Verhältnis des – – zum verfassungsgerichtlichen – 39 R
- Notbedarfseinrede** 126 A
- Nötigung**, Rechtswidrigkeit 373 ff. A  
Zweck-Mittel-Relation 124 R, 377 f. A
- Notwehr**, Pflicht zur Rettung des in – verletzten Angreifers 152 ff. M  
Provokation 361 M  
zur Abwehr von wettbewerbsverstößen 355 A
- nullum crimen sine lege** 373 ff. A
- Offenbarungseid**, Meineid bei – 165 R
- Offene Handelsgesellschaft**, Gründung mit Minderjährigem 27 ff. M  
Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters 423 f. A
- Offenkundigkeit** der Vorbenutzung einer Erfindung 215 A  
von Erfahrungssätzen im Strafprozeß 468 f. A
- Öffentlichkeit** der Beweisaufnahme 472 A  
Irrtum bei Erklärungen an die – 176 A
- Öffentliche Sache**, Abwehr von Immissionen von – 413 f. R
- Öffentlichrechtliche Assessorarbeit**, Gutachten und Urteil 444 f. M  
Verwaltungsakt und Widerspruchsbescheid 62 ff. M, 112 ff. M, 275 ff. M, 314 ff. M, 446 ff. M, 483 ff. M
- Öffentlichrechtliche Streitigkeit** aus Versorgungseinrichtungen der Ärztekammern 209 R
- Öffentlichrechtliche Verwahrung**, Rechtsweg bei Ansprüchen aus – 428 A  
von Vermögensgegenständen der Schüler 456 f. R
- „Ohne Obligo“** 491 M
- omnimodo facturus**, Anstiftung des – zu einer qualifizierten Tatbegehung 502 f. R
- Opportunitätsprinzip** im Polizeirecht 77 R  
im Verwaltungsrecht 117 M
- ordre public** 501 R
- Organisationsakt**, Anfechtbarkeit von –en 504 f. R
- Organstreitigkeit**, keine – zwischen Parteimitglied und Partei 69 M
- Pachtvertrag** 244 f. M
- „Parkzettel-Fall“** 290 R
- Partei**, Ausschluß aus einer politischen – 70 M  
Gebot der demokratischen inneren Ordnung 71 M  
Mitgliedschaft 69 M  
Rechtsstellung der politischen –en 72 (E 10) M  
verfassungsrechtliche Stellung der politischen –en 69 M  
s. auch Meinungsfreiheit
- Parteienprivileg** 75 R
- Parteifähigkeit**, Behandlung im Rubrum 272 f. M
- Parteivorbringen**, Erwähnung des –s in den Entscheidungsgründen 275 M  
Lehre vom gleichwertigen – 358 f. M  
und Beweisaufnahme 24 f. M  
Würdigung im Gutachten 356 M
- Patenterteilung**, Voraussetzungen 214 A
- Patentrecht**, Grundbegriffe 213 ff. A
- Persönliche Einreden** des Wechselschuldners bei Wechselrücklauf 491 f. M
- Pfandrecht**, Anspruch auf Aufgabe eines –s bei Einrede 299 f. A
- Pfandverwertung**, außergerichtliche – für einredebehafteten Anspruch 301 A
- Pfleger**, Wirksamkeit der Bestellung eines –s 244 M, 458 R
- Pflichtverletzungen**, Sanktionen gegen – im Recht der Europäischen Gemeinschaften 475 A
- Planhaftigkeitsprinzip** 310 A
- Planungswertausgleich** 308 f. A
- Polizei**, Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung 283 f. M  
Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten 283 M  
s. auch Haussuchung
- Polizeipflichtiger**, Auswahl unter mehreren –n 330 R
- Polizeirecht**, Kosten der Ersatzvornahme 330 R
- Polizeiverordnung**, Ermächtigung zum Erlaß von –en 282 M  
Verstoß gegen –en, Bußgeld 282 M  
– –, Kriminalstrafe 285 (E 3) M, 286 (E 18) M  
– –, Zwangsgeld 285 (E 3) M
- Positive Forderungsverletzung** 202 M, 352 A  
durch mangelhafte Bauplanung 350 f. A  
durch Unterlassen des Abrufs der gekauften Ware 407 M
- Post** s. Deutsche Bundespost
- Präjudizien**, Behandlung in Prüfungsarbeiten 27 M
- Präklusion** s. Vollstreckungsabwehrklage
- Preisbindung**, Unterbietung durch Außenseiter 122 R
- Preisgefahr** 119 M
- Pressefreiheit** und Bindung an Parteidisziplin 70 M
- prima-facie-Beweis** 149 M
- Privatschule**, Verwaltungsrechtsweg bei Klage auf Aufnahme in eine – 370 f. R
- Prokura**, Erteilung durch oHG mit minderjährigem Gesellschafter 29 M
- Prozeß**, Geltendmachung der Einrede im – 294 f. A  
Wirkung der Einrede im – 304 A
- Prozeßfähigkeit** in Ehesachen 458 R
- Prozeßgeschichte** im Urteilstatbestand 274 f. M
- Prozeßhandlung**, Irrtumsanfechtung 177 A  
Rechtsgeschäft und – 130 A
- Prozeßpfleger**, Vertretungsbefugnis des – bei anfechtbarer Bestellung 458 R
- Prozeßvergleich**, gemeinsamer Verzicht der Parteien auf prozeßbeendigende Wirkung des –s 411 R
- Prüfung** s. Assessorexamen  
s. Referendarexamen
- Prüfungsmethoden**, Unterschied zwischen den – in Deutschland und USA 436 A  
s. auch Law School Admission Test
- quae sit actio?** 117 M
- „Radfahrer-Fall“** 14 ff. A
- Rangänderung**, Antragsberechtigung zur Eintragung einer – 410 R
- Raub**, Gesetzeskonkurrenz bei – 151 M
- Rauschat**, Konkurrenz mehrerer –en 366 M  
Verbotssirrtum bei – 249 R
- Realkonkurrenz** 89 ff. A
- Recht zum Besitz** als Einrede 297 A
- Rechtfertigungsgrund** bei Jagdwilderei 322 M
- Rechtliches Gehör** im Ehrengerichtsverfahren 71 M  
im Strafprozeß 165 R  
im Verwaltungsverfahren 67 M  
im Widerspruchsverfahren 449 f. M
- Rechtsanwalt**, Berufsbild und Werdegang des –s in Frankreich 371 f. J
- Rechtsempfinden** des Volkes 377 A
- Rechtsfrage**, Behandlung von –en im Gutachten 442 M  
Unterscheidung zur Tatfrage 239 M
- Rechtsgeschäft**, Änderung eines –s 222 f. A  
s. auch Prozeßhandlung
- Rechtsgrundverweisung** in § 951 I BGB 248 R
- Rechtsgutbegriff** 353 (F 8) A
- Rechtshängigkeit** im Arrestverfahren 164 R  
Beseitigung der – durch Prozeßvergleich 411 R
- Rechtskraft**, Bindung der Verwaltungsbehörden an mat. – des Strafurteils 271 A  
sittenwidrige Ausnutzung der – eines Zivilurteils 164 R  
– des Unterhaltsurteils im Strafprozeß 411 f. R  
Theorien 164 R, 412 R
- Rechtsmittel**, Statthaftigkeit und „Grundsatz der Meistbegünstigung“ 207 R, 398 f. M  
s. auch Kostenentscheidung
- Rechtsmittelbelehrung** im Widerspruchsbescheid 485 A
- Rechtsscheintheorie** im Wechselrecht 488 f. M
- Rechtsschutzbedürfnis** für Feststellung der Rechtswidrigkeit eines erledigten VA 414 R  
Zulässigkeit der Berufung und – 164 R
- Rechtsschutzgarantie** 205 R
- Rechtssicherheit** und Gerechtigkeit 271 A, 428 f. A
- Rechtsstaatsprinzip**, Beachtung im Ehrengerichtsverfahren einer politischen Partei 71 M  
Erfordernis der Begründung von Staatsakten 67 M  
Erfordernis einer Ermächtigungsnorm für die Art und Weise der Durchsetzung öffentlichrechtlicher Ansprüche 499 R  
verfassungsmaßige Ordnung 367 f. R
- Rechtsvergleichung**, Internationale Fakultät für – in Luxemburg 124 J, 292 J
- Rechtsvermutungen** s. Beweislast
- Rechtsweg** bei Amtshaftung und enteignungsähnlichem Eingriff 192 M  
s. auch Verwaltungsrechtsweg
- Rechtswidrigkeit**, erlaubtes Risiko und – 17 ff. A
- Rechtswidrigkeitsprinzip** bei Nötigung 376 A
- Rechtswidrigkeitszusammenhang** als Maßstab für Haftungsbegrenzung 288 R
- recours de pleine juridiction** s. Ermessensnachprüfung
- recours pour excès de pouvoir** s. Nichtigkeiteklage
- Referendarausbildung**, Recht auf Genehmigung von Nebentätigkeiten während der – 79 f. J  
s. auch Disziplinarrecht  
s. auch Vorbereitungsdienst  
s. auch wahlfreie Station
- Referendarexamen**, Ergebnisse des –s 1963 212 J  
Klausurtexte aus dem bayerischen – 210 ff. J, 414 ff. J
- Referendararbeit**, strafrechtliche – 151 ff. M
- Referendarklausur**, handelsrechtliche – 27 ff., 486 ff. M  
öffentlichrechtliche – 68 ff. M, 281 ff. M  
strafrechtliche – 360 ff. M
- 2. Referendartagung** über französisches Recht in Saarbrücken 40 J

- reformatio in peius** bei Gesamtstrafenbildung 412 f. R  
im Widerspruchsverfahren 484 M
- Revision** s. Rechtsmittel
- Richter**, Unabsetzbarkeit des –s 287 R  
Verwertbarkeit privaten Wissens des –s im Strafprozeß 468 f. A
- Rubrum**, Formulierung des –s 199 (E 1) M, 242 M, 272 f. M
- Rückabwicklung** eines wegen arglistiger Täuschung angefochtenen Vertrages 121 R
- Rücktritt**, Ausschluß des –s nach § 351 BGB 312 f. A  
beim Kauf einer gestohlenen Sache 310 ff. A  
vom Versuch 364 M
- Rückverweisung** durch Widerspruchsbehörde 484 M
- Ruhegeldanspruch** des Arbeitnehmers 39 R
- Sachbeschädigung** 322 M
- Sachhehlerei**, Versuch bei – 324 M
- Sachherrschaft** 234 A
- Sachlegitimation**, Prüfung der – als Bestandteil der Schlüssigkeitsprüfung 193 M
- Sachrüge** in der Revision (Strafprozeß) 370 R
- Sachverhalt**, Erarbeitung des –s in Prüfungsarbeiten 241 M
- Sachverständiger**, Stellung im Prozeß 246 R  
Verhältnis des Richters zum –n 469 f. A
- Sachverständigengutachten**, privates – als Parteivorbringen 199 (E 8) M
- Sachwerttheorie** beim Diebstahl 478 ff. A
- Sachzusammenhang**, Gesetzgebungskompetenz des Bundes kraft – 231 A
- Saldotheorie** 36 R, 121 R
- Sammelbesteller**, Vertrieb über – 38 R
- Scaevola** 451 ff. M
- Schadensersatz wegen Nichterfüllung** beim Werkvertrag 198 M
- Schadensersatzpflicht** bei Kündigung ohne Angabe von Gründen 97 f. A
- Scheidungsvereinbarung**, Wirksamkeit 369 R
- Schenkung** von Todes wegen 328 R
- Schlägermenschur**, Strafbarkeit 379 A
- Schlechtlieferung** s. Kaufvertrag
- Schlüssigkeitsprüfung** bei Anspruchskonkurrenz zwischen Amtspflichtverletzung und enteignungsgleichem Eingriff 192 M  
bei öffentlichrechtlichen Streitigkeiten 445 M  
Hilfsfaktoren in der – 357 f. M
- Schuldanerkenntnis**, deklaratorisches und konstitutives – 74 R
- Schuldarten**, Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit 53 ff. A
- Schuldausspruch** s. Schuldfähigkeit
- Schuldfähigkeit** als Voraussetzung für Schuldausspruch im Eheaufhebungsurteil 501 f. R
- Schule**, Rechtsverhältnis zwischen Schüler und – 456 f. R  
Schließung einer – als VA 504 f. R
- Schulrechtsverhältnis**, verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz im – 166 R
- Schweigen** auf kaufmännisches Bestätigungsschreiben 73 R
- Schwerer Diebstahl** 323 M
- Selbstbedienungsladen**, Diebstahl im – 235 A
- Selbstbindung** der Verwaltung bei Handhabung des Ermessens 115 M
- Selbstentscheidung** durch Widerspruchsbehörde 364 M
- Selbsthilfe** zur Durchsetzung eines einredebehafteten Anspruchs 299 A
- Selbstkontrahieren** des gesetzlichen Vertreters 30 f. M
- Selbstkontrolle**, verwaltungsinterne – 275 M
- Selbstmord**, Beihilfe – 250 R, 361 f. M
- Selbstmorddrohung** als Nötigung 377 A
- Sicherheitsleistung**, Einrede der mangelnden – 125 A
- Sittenwidrigkeit** als unrechtsbegründendes Merkmal im Strafrecht 373 ff. A  
Objektivierbarkeit des Begriffs der – 379 A  
von Wettbewerbshandlungen 38 R
- Soldat**, Haftung des –en gegenüber Dienstherrn 499 f.  
„Diebstahl“ von Uniformteilen 477 ff. A
- Sonderumsatzsteuer**, Verfassungswidrigkeit von –n der Länder und Gemeinden 120 R
- Sozialrechtsweg**, Abgrenzung vom Verwaltungsrechtsweg 209 R
- Spezialität** 90 A, 237 A
- Spezialkauf**, Sachmängelhaftung beim – 1 ff. A
- Sphärentheorie** im Arbeitsrecht 291 R
- Staatsanwaltschaft**, Bejahung des öff. Interesses an der Strafverfolgung bei Körperverletzung 503 f.  
Entschliebungen der – 324 M
- Statthaftigkeit** des Widerspruchs 316 f. M  
s. auch Rechtsmittel
- Sterilisation**, freiwillige 379 f. A
- Steuern** mit örtlich bedingtem Wirkungskreis 120 R
- Stilregeln** für Urteile 110 M
- Stipendiengewährung** beim Hochschulstudium in den USA 435 A
- Strafrechtliche Literatur** 461 ff. J
- Strafrechtshausarbeit** (Ref.) 151 ff. M
- Strafrechtsklausur** 320 ff. M (Ass.), 360 ff. M (Ref.)
- Strafurteil**, Bindung der Verwaltungsbehörde an Rechtskraft des –s 269 ff. A
- Strafverfügungsverfahren**, Einleitung durch die zuständige Behörde 208 R
- Straßenverkehr**, Gewaltanwendung im – 124 R
- Streik**, Abgrenzung zwischen legitimem, illegitimem und wildem – 291 R
- Streitgegenstand**, bestimmte Angabe des –s 396 A
- Streitgehilfe** im Rubrum 272 M
- Stromzufuhr**, Unterbrechung der – als Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb 288 R
- Stückschuld** 118 M
- Studienfahrt** deutscher Jurastudenten nach Paris 332 J
- Studium**, juristisches – in Italien 77 f. J  
s. auch Ausbildung
- Stundung**, Einrede der – 296 f. A
- Subjektstheorie** 413 f. R
- Subsidiarität** 39 R, 91 A, 237 A
- Substantiierungslast**, Berücksichtigung der – der Parteien im Gutachten 359 f. M
- Substanztheorie** beim Diebstahl 479 A
- Subventionen**, Erfordernis einer gesetzlichen Ermächtigung für die Verteilung von – 182 A, 246 R  
Verbot von – im Recht der Europ. Gemeinschaften 307 A
- Suspendierung** des Arbeitsverhältnisses 500 R
- Suspensiv effekt** des Widerspruchs 280 M
- Tageswertprinzip** 133 ff. A
- Tarifvertrag**, Anspruch der Gewerkschaften auf Teilnahme an Verhandlungen über – 73 R
- Tatbestand**, Abfassung des –s im Urteil 274 M  
des Berufungsurteils 199 (E 3) M  
Wiedergabe eines Briefwechsels im – 239 M
- Tateinheit** s. Idealkonkurrenz
- Täterschaft**, Abgrenzung von – und Teilnahme 250 R  
beim unechten Unterlassungsdelikt 152 f. M  
s. auch mittelbare Täterschaft
- Tatfrage**, Unterscheidung zur Rechtsfrage 239 M
- Tatmehrheit** 89 ff. A
- Tatsachen**, beweisbedürftige – 22 M  
entscheidungserhebliche – 22 M  
Feststellung von – im Strafprozeß 466 A  
rechtsausschließende, rechtshindernde, rechtsvernichtende – 128 f. A  
Vermutung von Tatsachen und Beweislast 240 M
- Tatsächliches Handeln** und Irrtum 169 A
- Täuschungshandlung** beim Betrug 482 A
- Teilnahme** s. Täterschaft
- Testament**, Irrtum bei – 174 f. A
- Testamentsvollstreckerzeugnis**, Einziehung eines –ses 38 R
- Testierverbot**, Umgehung eines –s durch Rechtsgeschäft unter Lebenden 248 R
- Testkäufer**, Hausfriedensbruch durch – 352 ff. A
- Tierquälerei** 322 M
- Todesstrafe**, Abschaffung der – 455 f. R
- Tötung** auf Verlangen und Beihilfe zum Selbstmord 250 R, 361 f. M  
durch Unterlassen 151 ff. M, 361 f. M  
fahrlässige – 14 ff. A, 53 ff. A
- Tötungsvorsatz**, Verhältnis zum Körperverletzungsvorsatz 365 M
- Treu und Glauben**, Eintreibung von Ansprüchen durch den Konkursverwalter 37 R
- Tun**, Rechtspflicht aus vorangegangenem – 152 ff. M, 363 M  
Kausalität von – Unterlassen 14 f. A
- Überholen**, Verhindern des –s als Nötigung 378 A
- Überholte Gesetze**, Bindung des Richters an – 427 f. A
- Überregionaler Verwaltungsakt** 228 ff. A
- Übungshausarbeit**, bürgerlichrechtliche – 405 ff. M  
Literaturverarbeitung in der – 408 (F 17) M
- Übungsklausur**, bürgerlichrechtliche 117 ff. M, 158 ff. M, 200 ff. M  
öffentlichrechtliche 401 ff. M
- Unbestimmtheit** eines VA 115 f. M
- Unbestimmter Rechtsbegriff** 114 M, 403 M
- Unechtes Unterlassungsdelikt** 208 R, 330 R, 363 M, 370 R, 412 R  
s. auch Garantenstellung  
s. auch Kausalität
- Uneheliches Kind**, Aussageverweigerungsrecht im Strafprozeß 427 f. A  
Blutschandekinder 255 f. A  
Brutkinder 255 f. A  
Ehebruchskinder 255 f. A  
erbrechtliche Stellung (Reform) 259 ff. A  
Reformfragen 253 ff. A  
Rechtsstellung im BGB 253 f. A  
soziale Stellung seit 1900 254 ff. A  
Verhältnis zur Familie der Mutter und des Erzeugers 257 ff. A  
Verhandlungen des 44. DJT zum Recht des –s 254 ff. A  
s. auch Unterhaltsanspruch
- Unfruchtbarmachung**, freiwillige 379 ff. A

- Ungerechtfertigte Bereicherung** s. Kon-  
diktion
- Unglücksfall**, Selbstmord als – 365 M
- Unitarismus** als Verfassungsprinzip 233 A
- Unlauterer Wettbewerb**, Haftung für  
Wettbewerbsverstöße von Angestell-  
ten 123 R  
Kundenfang des ausgeschiedenen An-  
gestellten 162 R  
Preisunterbietung durch Außenseiter 122  
R
- Unmöglichkeit**, beiderseitige – bei Ar-  
beitsvertrag 291 R  
der Leistung 118 M  
eines VA 115 M
- Unrecht** beim unechten Unterlassungs-  
delikt 153 f. M
- Unrechtsbewußtsein**, Teilbarkeit des –s  
249 R
- Untätigkeitsklage** beim EuGH 475 A
- Unterbrechung** der Verjährung 99 A,  
395 ff. A
- Unterhaltsanspruch**, Übergang des –s  
eines vorehelich geborenen Kindes auf  
Ehemann der Mutter 162 R  
Verfassungsmäßigkeit des § 1708 I 1 BGB  
247 R
- Unterhaltspflichtverletzung** 411 R
- Unterlassen**, Abgrenzung von Tun und –  
156 M  
pflichtwidriges – 208 R  
s. auch Kausalität
- Unterlassene Hilfeleistung** 155 f. M,  
361 f. M, 366 M
- Unterlassungsdelikt** s. unechtes –
- Unterlassungstitel**, Vollstreckung eines –s  
aus § 13 III UWG 123 R
- Unternehmung** s. Bilanz
- Unterschlagung** als Auffangtatbestand für  
Vermögensdelikte 39 R
- Untersuchungsmaxime**, Beweislast bei –  
149 M  
im Verwaltungsverfahren 66 M  
im Widerspruchsverfahren 449 M
- Untervermietung**, Herausgabe des Miet-  
zinses bei unberechtigter – 457 R
- Unmittelbarkeit** der Beweiserhebung  
472 f. A
- Untreue** eines Verkehrspolizisten beim  
Kassieren von Verwarnungsgebühren  
39 R
- Unvermögen**, anfängliches – 311 A  
des Schuldners 118 M
- Unzuverlässigkeit** zur Ausübung der  
Zahnheilkunde 269 f. A
- Urkundendelikt**, vorübergehende Ent-  
wendung eines Parkzettels als – 290 R
- Urteil** s. Gutachten
- Urteilstenor**, Fassung des –s 199 (E 2) M,  
242 M, 273 M
- Valutaverhältnis** s. Doppelmangel
- Verbindlichkeit**, Einstehen für fremde –  
durch Minderjährigen 289 R
- Verbotsirrtum** bei Rauschtat 249 R
- Verdächtigung** 324 M
- Verfahrenspatent** 216 A
- Verfahrensrüge** in der Revision (Straf-  
prozeß) 370 R
- Verfassungsbeschwerde** gegen Ge-  
schäftsverteilungsbeschluß 287 R
- Verfassungsmäßige Ordnung** 367 f. R
- Verfassungsrecht**, Berücksichtigung deut-  
schen –s im IPR 501 R
- Verfassungsverräterische Vereinigung**  
75 R
- Verfassungswidrigkeit** des Nötigungs-  
tatbestandes 376 A  
europäischer Vertragsvorschriften 326 R,  
343 A, 393 A
- Verfassungsrecht**, nationales – und euro-  
päisches Gemeinschaftsrecht 326 R,  
343 A, 393 A
- Verjährung**, Hemmung durch Einrede  
294 A  
Unterbrechung durch Klageerhebung  
395 ff. A
- Verkehrswert** von Agrargelände 309 A
- Verkündungsvermerk** auf dem Urteils-  
entwurf 273 M
- Verlassen** in hilfloser Lage 364 f. M
- Vermögensverschiebung** 137 f. A
- venire contra factum proprium** 159 f. M
- Veräußerungsverbot**, pactum de non  
cedendo als – 162 R
- Vereinsausschluß**, Ehrengerichtsverfah-  
ren bei – 71 M  
Kontrolle durch die staatlichen Gerichte  
70 M
- Vereinsautonomie** 70 M
- Verfassungsbeschwerde** 69 M
- Verfassungsmäßigkeit**, Prüfung der –  
anzuwendender Rechtsnormen durch  
die Verwaltungsbehörde 113 M
- Verhältnismäßigkeit** der Mittel 115 M
- Verjährung**, Einrede der – 126 A  
bei Anspruchskonkurrenz 247 R  
Unterbrechung durch Klageerhebung  
99 A, 395 ff. A
- Verkehrsdelikt** als Disziplinarvergehen  
460 f. J
- Verkehrsunfallflucht**, zivilrechtliche Haf-  
tung 409 f. R
- Verkehrszeichen**, Rechtsnatur 166 R
- Verlassen** eines Hilflosen 154 M
- Verleumdung**, Wahrnehmung berechtig-  
ter Interessen bei 330 R
- Vermieter**, Verjährung von Ersatzan-  
sprüchen des –s 247 R
- Vermögensschaden**, Verlust der Ge-  
brauchsvorteile eines Pkw als – 206 R
- Vermögensverfügung**, 235 A
- Verpflichtungsklage** auf Versetzung eines  
Schülers 166 R
- versari in re illicita** 19 A
- Versäumnisurteil**, Berufung gegen –  
398 f. M
- Verschollenheit** 244 M
- Versetzung** eines Beamten 401 M  
eines Schülers 166 R
- Versteinerungstheorie**, Bestimmung des  
Güterrechtsstatuts von SBZ-Flücht-  
lingen 37 R
- Versuch**, beendigt – 364 M  
bei Tötung durch Unterlassen 362 f. M  
Rücktritt vom 364 M
- Verteidigung**, widerspruchsvolle – des  
Beklagten 150 M
- Verteidigungsmittel**, Einrede als – 128 A
- Vertrag**, Auslegung des –es und Beweis-  
last 238 f. M  
Einrede des nicht erfüllten –es 118 M,  
125 A, 239 f. M, 274 M  
verwaltungsrechtlicher – 383 f. A  
zugunsten Dritter auf den Todesfall 328 R  
s. auch Rückabwicklung
- Vertragsfreiheit**, verfassungsrechtliche  
Gewährleistung der – 73 R
- Vertragshilfe**, Auswirkung der Herab-  
setzung einer Verbindlichkeit auf  
Bürgschaft 425 f. A
- Vertragsschluß** 158 M
- Vertragszweck** s. Geschäftsgrundlage
- Vertrauensschaden** bei Irrtumsanfecht-  
ung 173 A
- Vertreter**, Mißbrauch der Vertretungs-  
macht 368 f. R  
Mitwirkung bei kaufmännischem Be-  
stätigungsschreiben 73 R
- Verwahrungsbruch** 290 R
- Verwaltung**, Aufsicht über – 388 A  
fiskalisches Handeln 385 ff. A  
s. auch Willensbildung
- Verwaltungsakt** 62 f. M, 381 f. A  
Begründung 67 M  
Bekanntgabe 68 M
- erledigter – 414 R  
Fehler des –s 63 M  
Heranziehung eines Beamten zu Leistun-  
gen durch – 499 R  
mehrstufiger – 75 R  
mitwirkungsbedürftiger – mit belasten-  
der Auflage 103 ff. A  
Nebenbestimmungen eines –s 103 A  
Nichtigkeit des –s 63 M  
Rechtsmittelbelehrung im – 68 M  
Schulkonferenzbeschluß als – 166 R  
überregionaler – 228 ff. A  
und verwaltungsinterner Vorgang 76 R  
und Widerspruchsbescheid 62 ff. M,  
112 ff. M, 275 ff. M, 314 ff. M, 446 ff.  
M, 483 ff. M  
Verkehrszeichen als – 166 R  
Vollstreckung 387 A  
s. auch Verwaltungsverfahren
- Verwaltungsbildung**, Reform der –  
für Referendare 505 f. J
- Verwaltungshandeln** 333 ff. A, 381 ff. A
- Verwaltungskompetenz**, Altersmächti-  
gungen 232 A  
Begriff und Grundlagen 231 A  
ungeschriebene – des Bundes 228 ff. A  
zum Erlaß überregionaler VAe 228 ff. A
- Verwaltungslehre** 334 f. A
- Verwaltungsmaßnahmen**, Begriff und  
Arten 338 A  
Durchsetzung 386 A  
zur Regelung von Einzelfällen 381 f. A
- Verwaltungspolitik** 335 A
- Verwaltungsrechtlicher Vertrag** 383 f. A
- Verwaltungsrechtsweg** für Klage auf  
Aufnahme in Privatschule 370 f. R  
und Sozialrechtsweg 209 R  
Zulässigkeit des –es 314 f. M, 504 R
- Verwaltungsverfahren** 63 ff. M, 105 A  
Antragserfordernis 63 f. M  
Beweisaufnahme im – 67 M  
Besetzung der Behörde im – 65 M  
Einleitung des –s 63 f. M  
Grundsatz der Nichtförmlichkeit des –s  
65 M  
Mitwirkung anderer Behörden 66 M,  
75 R, des Betroffenen 66 M, 103 ff. A,  
Dritter 66 M, von Ausschüssen 65 M  
rechtliches Gehör 67 M  
Untersuchungsgrundsatz 66 M  
Zuständigkeit 64 M, 318 M
- Verwaltungsvollstreckung** 387 A, 499 R
- Verweilen**, unbefugtes – 353 A
- Verweisung** vom streitigen Gericht  
an Gericht der freiwilligen Gerichts-  
barkeit 163 R
- Verwendungsersatz**, Anspruch auf – im  
Eigentümer-Besitzer-Verhältnis 328 R
- Verpflichtlichkeit** als unrechtsbegründen-  
des Merkmal 373 ff. A
- Verwertungsverbot** für Beweismittel im  
Strafprozeß 471 f. A
- Verzeihung**, Irrtum bei – 174 A
- Verzicht** auf Einrede 221 ff. A
- Verzug** bei der Erfüllung eines einredebe-  
hafteten Anspruchs 301 f. A  
des Käufers bei Abnahme der Kaufsache  
118 M, 407 M
- Vollstreckung** von Akten der Europ. Ge-  
meinschaftsorgane 394 A  
von Verwaltungsmaßnahmen 387 A
- Vollstreckungsabwehrklage**, Geltend-  
machung einer Einrede durch – 303 A  
nachträgliche Ausübung eines Gestal-  
tungsrechts 458 R  
Präklusionswirkung des § 767 III ZPO  
75 R
- Vollstreckungsgegenklage** s. Vollstrek-  
kungsabwehrklage
- Vorabentscheidung** des EuGH 20 ff. A,  
476 f. A
- Vorausklage**, Einrede der – 125 A
- Vorausverzicht** auf Hausrecht 355 f. A

- Vorbemerkungen** in Klausuren 367 (E 12) M  
im Urteilstatbestand 274 f. M
- Vorbenutzungsrecht** bei Erfindungen 217 A
- Vorbereitungsdienst**, Verwaltungsausbildung im – 505 f. J  
Verkürzung des –es 506 J  
s. auch Referendarausbildung
- Vorkauf**, Pflicht zur Verschaffung gezogener Nutzungen 496 f. M
- Vormerkung** eines Vorkaufsrechts 498 (E 4, 5) M  
für einredebehaftete Forderung 299 A  
gutgläubiger Erwerb 245 M
- Vorlage** an den EuGH 20 f. A, 476 f. A
- Vormundschaftsgericht**, Befreiung vom Ehehindernis wegen Ehebruchs 289 R  
Befugnisse nach § 1747 III BGB 161 R  
Zuständigkeit für Anspruch auf Herausgabe eines für ehelich erklärten Kindes 163 R
- Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung** der Anstaltsunterbringung Minderjähriger durch ihre Eltern 121 R  
des Beitritts Minderjähriger zu einer eGmbH 288 R
- Vorsatz**, Abgrenzung von bedingtem – und bewußter Fahrlässigkeit 53 ff. A  
beim Unterlassungsdelikt 154 M
- Vorsatztheorien** im Strafrecht 54 ff. A
- Vorstandsmitglied**, faktisches Arbeitsverhältnis des – einer AG 410 f. A
- Vortat**, straflose – 92 A
- Vortäuschung** einer Straftat 324 M
- Vorteil**, rechtlicher – 158 (F 4) M
- Vorteilsausgleichung** 121 R
- Wahlbeeinflussung** durch Hirtenbrief 287 R
- Wahlfreie Station** bei der Deutsch-Arabischen Handelskammer in Kairo 461 J  
beim Europa-Rat 40 J  
bei einem französischen Rechtsanwalt 371 f. J  
bei einer Handwerkskammer 251 f. J
- Wahlschuld** 110 M
- Wahrheit**, Begriff und Erkennbarkeit 465 f. A
- Wahrheitsfindung** im Strafprozeß 465 ff. A
- Wahrheitspflicht** des Arbeitnehmers bei Angaben über persönliche Verhältnisse 146 f. A, 331 R
- Wahrnehmung berechtigter Interessen** 330 R
- Wahrunterstellungen** im Gutachten 23 M
- Wandlung**, Beweislast 240 M
- Warenvertrieb** durch Sammelbesteller 38 R
- Wechselakzept** eines Minderjährigen 42 f. A
- Wechselkopie**, Ansprüche aus – 489 f. M
- Wechselrechtliche Erklärung**, Irrtumsanfechtung 177 A, 490 M
- Wechselrechtsklausur**, Grundüberlegungen 487 M  
Reihenfolge der Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen 487 f. M
- Wechselrücklauf** 491 M
- Wegnahme** als Tatbestandsmerkmal des Diebstahls 235 A, 478 A
- Wegnahmerecht** nach § 951 II 2 BGB 248 R
- Weisungen**, parlamentarische – 189 A  
„**Werkmilchabzug-Urteil**“ 456 R
- Werkvertrag**, Abgrenzungsmerkmale zwischen – und Dienstvertrag 347 f. A  
Abnahme des Werkes 200 (E 13) M  
Mängelbeseitigung durch Besteller 200 (E 18 ff.) M
- Wertpapiertheorien** 421 f. A, 488 f. M
- Werturteile**, Fortwirkung gesetzlicher – 426 f. A
- Wichtiger Grund** für außerordentliche Kündigung (Arbeitsrecht) 500 R, 505 R
- Widerklage** im Ehelichkeitsanfechtungsprozeß 457 R  
Parteiwechsel in der – 122 R
- Widerrechtlichkeit** der Nötigung 373 ff. A
- Widerruf** des mit einem Minderjährigen geschlossenen Vertrages 159 M  
von Prozeßhandlungen 290 R
- Widerspruch**, Abhilfeverfahren 279 M  
Begründetheit 483 f. M  
Erhebung 278 M  
Suspensiveffekt 280 M  
Statthaftigkeit 316 f. M  
Verzicht auf – 279 M  
Zulässigkeit 278 ff. M  
Zurücknahme 281 M
- Widerspruchsbehörde**, Besetzung der – 449 M
- Widerspruchsberechtigung** 450 M
- Widerspruchsbescheid** 275 ff. M, 389 A, 314 ff. M, 446 ff. M, 483 ff. M  
Entscheidungsmöglichkeiten 484 M  
Kostenentscheidung 485 M  
Kundmachung 484 ff. M  
Zuständigkeit zum Erlaß des –s 318 M
- Widerspruchsfrist** 446 ff. M
- Widerspruchsverfahren**, Abhilfeverfahren 279 M  
allgemeine Grundsätze 275 ff. M, 448 f. M  
als vorbereitendes Verfahren 277 M  
Verzicht auf – aus prozeßökonomischen Gründen 275 M  
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 447 f. A
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** s. Widerspruchsverfahren
- Wiedereröffnung** der mündlichen Verhandlung 24 M
- Willensbetätigung**, Freiheit der – als Schutzobjekt bei Nötigung 374 A
- Willensbildung** in der Verwaltung 336 A
- Willenserklärung**, Lehre von der – 169 ff. A
- Willensmängel** beim Erlaß von Verwaltungsakten 116 M
- Willensmoment** bei der Vermögensverfügung 235 A
- Willenstheorie** im Zivilrecht 170 A
- Wirtschaftlicher Eigentumsbegriff** beim Diebstahl 480 A
- Wirtschaftsordnung** in den Europ. Gemeinschaften 307 f. A
- Witwenrente**, Geschiedenenwitwenrente 329 R
- Wohnraum**, Zweckentfremdung von – 104 A
- Wohnsitz** des ehel. Kindes 500 R
- Wohnung**, Grundrecht der Unverletzlichkeit der – 283 f. M
- Wohnungsbauprämie**, Verfassungsmäßigkeit der – für Ehepaare 246 R
- Zeugenaussagen**, Behandlung in den Entscheidungsgründen 275 M
- Zeugnisverweigerungsrecht** im Strafprozeß 470 A
- Zivilrechtsweg** s. Immissionen
- Zueignungsabsicht** beim Diebstahl 478 ff. A
- Zug um Zug**, Verurteilung – 274 M
- Zumutbarkeit** des Tätigwerdens beim unechten Unterlassungsdelikt 153 f. M, 330 R
- Zurückbehaltungsrecht** an der Arbeitsleistung 291 R  
Einrede des –s 125 ff. A  
für einredebehafteten Anspruch 301 A
- Zuständigkeit** zum Erlaß eines VA 64 M  
zum Erlaß eines Widerspruchsbescheids 318 M
- Zustandshaftung** s. Handlungshaftung
- Zustellung** des Widerspruchsbescheids 485 A
- Zustimmung** bei mehrstufigem VA 75 R  
Schweigen auf kaufmännisches Bestätigungsschreiben als – 73 R
- Zwangsmittel**, Prinzip des Vorrangs staatlicher – 377 A
- Zwangsvollstreckung** s. Vollstreckung
- Zweckmäßigkeit** eines VA 116 f. M, 484 M
- Zweck-Mittel-Relation** bei der Nötigung 124 R, 377 f. A
- Zwecktheorie** zur Abgrenzung von Rechtfertigungsgründen im Strafrecht 375 A
- Zweikonditionentheorie** 36 R, 121 R
- Zweitgeschäfte** zur Umgehung eines Testierverbots 248 R

## VI. Abkürzungsverzeichnis

- A**
- a. A. .... anderer Ansicht
- aaO. .... am angegebenen Ort
- abgedr. .. abgedruckt
- Abk. Gem. Org. Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften
- abl. .... ablehnend
- Abl. .... Amtsblatt, insb. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften; vor 1958: Amtsblatt der EGKS
- Abs. .... Absatz
- Abschn. . Abschnitt
- abw. .... abweichend
- AcP .... Archiv für die civilistische Praxis
- ADHGB. Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
- a. E. .... am Ende
- a. F. .... alte Fassung
- AG .... Aktiengesellschaft
- AG- .... Ausführungsgesetz
- AGB .... Allgemeine Geschäftsbedingungen
- AHB .... Allgemeine Haftpflichtversicherungs-Bedingungen
- AktG ... Aktiengesetz
- allg. .... allgemein
- Allg. Teil. Allgemeiner Teil des BGB
- ALR .... Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
- a. M. .... anderer Meinung
- Amtl. Slg. Amtliche Sammlung
- AmtsG .. Amtsgericht
- Angekl. . Angeklagte(r)
- Anh. .... Anhang
- Anm. .... Anmerkung
- AnVG ... Angestelltenversicherungsgesetz (n. F.)
- AöR .... Archiv für öffentliches Recht
- AP .... Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts (seit 1954, vorher: Arbeitsrechtliche Praxis)
- Arbg. ... Arbeitgeber

- ArbG ... Arbeitsgericht  
 ArbGeb. . . Der Arbeitgeber  
 ArbGG .. Arbeitsgerichtsgesetz  
 AR-Blattei Arbeitsrecht-Blattei  
 Arbn. ... Arbeitnehmer  
 ArbnErfG Gesetz über Arbeitnehmererfindungen  
 ArbRSIlg. s. ARS  
 ArchKommWiss. Archiv für Kommunalwissenschaften  
 ARS .... Arbeitsrechtssammlung (Bensheimer's Sammlung)  
 ARSPH .. Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie  
 Art. .... Artikel  
 AS ..... Sammlung der Entscheidungen des rheinlandpfälzischen und des saarländischen OVG  
 Ast. (in) . Antragsteller(in)  
 AT ..... Allgemeiner Teil  
 Auff. .... Auffassung  
 Aufl. .... Auflage  
 AuR .... Arbeit und Recht  
 AVAVG .. Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung  
 AVG .... Angestelltenversicherungsgesetz (a. F.)  
 AWD ... Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters  
 AWG ... Außenwirtschaftsgesetz  
 Az. .... Aktenzeichen  
 AZO .... Arbeitszeitordnung
- B**
- BadWürtt. Baden-Württemberg  
 BAG .... Bundesarbeitsgericht  
 BAGE ... Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BAG  
 BaWüVBl. Baden-Württembergisches Verwaltungsblatt  
 bay. .... bayerisch  
 Bay. .... Bayern  
 BayBSVJu Bereinigte Sammlung bayerischer Verwaltungs- und Justizvorschriften  
 BayBZ .. Bayerische Beamtenzeitung  
 BayDStH Bayerischer Dienststrafhof  
 BayObLG Bayerisches Oberstes Landesgericht  
 BayObLGSt(Z) Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BayObLG in Strafsachen (Zivilsachen)  
 BayVBl. . Bayerische Verwaltungsblätter  
 BayVerfGH Bayerischer Verfassungsgerichtshof  
 BayVGH. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof  
 BayVGHE Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BayVGH (I) (mit Zusatz II: BayVerfGH)
- BB ..... Der Betriebs-Berater  
 BBauBl. . Bundesbaublatt  
 BBauG .. Bundesbaugesetz  
 BBG .... Bundesbeamtengesetz  
 Bd. .... Band  
 BDH ... Bundesdisziplinarhof  
 bearb. ... bearbeitet  
 Bearb. ... Bearbeitung  
 Begr. ... Begründung  
 Beil. .... Beilage  
 Bekl. .... Beklagte(r)  
 BerGer. . Berufungsgericht  
 Berl. .... Berlin  
 bes. .... besonders  
 Beschl. . . Beschluß  
 Beschw. . . Beschwerde  
 bestr. .... bestritten  
 betr. .... betreffend  
 Betr. .... Der Betrieb  
 BetrVG .. Betriebsverfassungsgesetz  
 Bf. .... Beschwerdeführer(in)  
 BFH .... Bundesfinanzhof  
 BFHE ... Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BFH
- BGB .... Bürgerliches Gesetzbuch  
 BGBl. ... Bundesgesetzblatt  
 BGE .... Amtl. Sammlung der Entscheidungen des Schweiz. Bundesgerichtshofes  
 BGH .... Bundesgerichtshof  
 BGHSt(Z) Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BGH in Strafsachen (Zivilsachen)  
 bish. .... bisher(ig)  
 BJagdG .. Bundesjagdgesetz  
 BLG .... Bundesleistungsgesetz  
 BIGBW . Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungswesen  
 Bln. .... s. Berl.  
 BMI .... Bundesminister des Inneren  
 BMJ .... Bundesminister der Justiz  
 BNotO .. Bundesnotarordnung  
 BPolBG . Bundespolizeibeamtengesetz  
 BR ..... Bundesrat  
 BRAO .. Bundesrechtsanwaltsordnung  
 BRD .... Bundesrepublik Deutschland  
 BR-Dr. .. Bundesratsdrucksache  
 Brem. .... Bremen  
 BR-Prot. . Bundesratsprotokolle  
 BRRG .. Beamtenrechtsrahmengesetz  
 BSG .... Bundessozialgericht  
 BSGE ... Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BSG  
 BSHG ... Bundessozialhilfegesetz  
 BStBl. .. Bundessteuerblatt  
 BT ..... Besonderer Teil  
 BT ..... Bundestag  
 BT-Dr. .. Bundestagsdrucksache  
 BT-Prot. . Bundestagsprotokolle  
 BVerfG . Bundesverfassungsgericht  
 BVerfGE. Amtl. Sammlungen der Entscheidungen des BVerfG  
 BVerfGG. Bundesverfassungsgerichtsgesetz  
 BVerwG . Bundesverwaltungsgericht  
 BVerwGE Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BVerwG
- C**
- c. .... Canon  
 c. i. c. ... culpa in contrahendo  
 CIC .... Codex juris canonici  
 C. I. J. ... Internationaler Gerichtshof in Den Haag  
 C. J. .... Codex Justinianus
- D**
- D. .... Digesten  
 DAG ... Deutsches Auslieferungsgesetz  
 DAR .... Deutsches Auto-Recht  
 ders. ... derselbe  
 DFG ... Zeitschrift für Deutsche Freiwillige Gerichtsbarkeit  
 dgl. .... dergleichen  
 DGWR . Deutsches Gemein- und Wirtschaftsrecht  
 d. h. .... das heißt  
 Die Grundrechte Neumann-Nipperdey-Scheuner: „Die Grundrechte“  
 Diss. .... Dissertation  
 DJ ..... Deutsche Justiz  
 DJT .... Deutscher Juristentag  
 DJZ .... Deutsche Juristenzeitung  
 DNotZ .. Deutsche Notar-Zeitschrift  
 DöD ... Der öffentliche Dienst  
 DÖV ... Die öffentliche Verwaltung  
 DR .... Deutsches Recht  
 DRiZ .. Deutsche Richter-Zeitung  
 DRW ... Deutsche Rechtswissenschaft  
 DRZ ... Deutsche Rechts-Zeitschrift  
 DStG ... Dienststrafgericht  
 DStH ... Dienststrafhof  
 DStK ... Dienststrafkammer  
 DStR ... Deutsches Strafrecht  
 DStZt ... Deutsche Strafrechts-Zeitung  
 DStZtg. . Deutsche Steuer-Zeitung  
 dt. .... deutsch
- DV ..... Deutsche Verwaltung  
 DVBl. ... Deutsches Verwaltungsblatt  
 DVO ... Durchführungsverordnung
- E**
- E- ..... Entwurf  
 E 1962 .. Regierungsentwurf eines Strafgesetzbuches, Bonn, 1962  
 EAG .... s. EURATOM  
 ebda. .... ebenda  
 ed. .... Auflage  
 EFG .... Entscheidungen der Finanzgerichte  
 EG- ..... Einföhrungsgesetz  
 EGKS ... Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl  
 EGKSV .. Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl  
 eGmbH .. eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
 EheG .... Ehegesetz 1946  
 Einl. .... Einleitung  
 einschr. . . einschränkend  
 Entsch. .. Entscheidung  
 entspr. .. entsprechend  
 Erg. .... Ergebnis  
 Erl. .... Erläuterung  
 ErstG ... Erstattungsgesetz  
 EStG .... Einkommensteuergesetz  
 ESVGH ... Sammlung der Entscheidungen des hessischen und des baden-württembergischen VGH  
 EuGH (EurGH) Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften  
 EuGH, Rspr. (EuGHE) Sammlung der Rechtsprechung des EuGH  
 EURATOM Europäische Atomgemeinschaft  
 EuratomV Vertrag zur Gründung einer Europäischen Atomgemeinschaft  
 EVwVerfG Musterentwurf 1963 eines Verwaltungsverfahrensgesetzes  
 EWG ... Europäische Wirtschaftsgemeinschaft  
 EWGV .. Vertrag zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
- F**
- f. .... folgende Seite, für  
 FamRÄndG Familienrechtsänderungsgesetz 1961  
 FamRZ .. Zeitschrift für das gesamte Familienrecht  
 ff. .... folgende Seiten  
 fG ..... freiwillige Gerichtsbarkeit  
 FGG ... Gesetz über Angelegenheiten der fG  
 FinA .... Finanzamt  
 FinG .... Finanzgericht  
 FlurbG .. Flurbereinigungsgesetz  
 FStrG ... Bundesfernstraßengesetz  
 Fußn. ... Fußnote
- G**
- G ..... Gesetz  
 GA .... Goldammers Archiv für Strafrecht  
 Gai. .... Gai Institutiones  
 GastStG .. Gaststättengesetz  
 GBl. .... Gesetzblatt  
 GBO .... Grundbuchordnung  
 GenG ... Genossenschaftsgesetz  
 GeschO . . Geschäftsordnung  
 gem. .... gemäß  
 GewArch. Gewerbearchiv  
 GewerkMH Gewerkschaftliche Monatshefte  
 GewO .. Gewerbeordnung  
 GG .... Grundgesetz  
 ggf. .... gegebenenfalls  
 GleichberG Gleichberechtigungsgesetz

- GmbH .. Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
 GmbHG .. GmbH-Gesetz  
 GMBL .. Gemeinsames Ministerialblatt  
 GO .. Gemeindeordnung (der Länder)  
 GrBWoR .. Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht  
 Gruch. .. (Gruchot's) Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts  
 GRUR .. Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht  
 grdl. .... grundlegend  
 GS .. Der Gerichtssaal  
 GS .. Großer Senat  
 GSNW .. Bereinigte Gesetzessammlung des Landes Nordrhein-Westfalen  
 GSSt(Z) .. Großer Senat in Strafsachen (Zivilsachen)  
 GVBl. .... Gesetz- und Verordnungsblatt  
 GVG .. Gerichtsverfassungsgesetz  
 GVNW .. Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen  
 GWB .. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz)
- H**  
 H. .... Heft  
 h. A. .... herrschende Ansicht  
 Halbs. .... Halbsatz  
 hamb. .... hamburgisch  
 HandwO. Handwerksordnung  
 HansRGZ .. Hansatische Rechts- und Gerichts-Zeitschrift  
 HATG .. Gesetz über den Hausarbeitstag  
 HB .. Hohe Behörde der EGKS  
 Hbd. .... Halbband  
 Hbg. .... Hamburg  
 Hdb. .... Handbuch  
 HdbDStR .. Handbuch des Deutschen Staatsrechts  
 Hess. .... Hessen  
 HEST(Z) .. Höchststrichterliche Entscheidungen in Strafsachen (Zivilsachen)  
 HGB .. Handelsgesetzbuch  
 h. L. .... herrschende Lehre  
 h. M. .... herrschende Meinung  
 HRR .. Höchststrichterliche Rechtsprechung
- I**  
 i. .... im, in  
 i. d. R. .. in der Regel  
 i. d. F. ... in der Fassung  
 i. e. S. ... im engeren Sinne  
 insb. .... insbesondere  
 int. .... international  
 IPR .. Internationales Privatrecht  
 i. S. d. (v.) im Sinne des (von)  
 i. V. m. ... in Verbindung mit
- J**  
 Jb. .... Jahrbuch  
 JFG .. Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Grundbuchsachen  
 JhJb. .... Jherings Jahrbücher für Dogmatik des bürgerlichen Rechts  
 JMBINRW .. Justizministerialblatt für Nordrhein-Westfalen  
 JöR .. Jahrbuch für öffentliches Recht  
 JR .. Juristische Rundschau  
 JuristenJb. Juristenjahrbuch  
 Juristentags-Festschrift Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Deutschen Juristentags, 1960  
 JWG .. Jugendwohlfahrtsgesetz 1961  
 JW .. Juristische Wochenschrift  
 JZ .. Juristenzeitung
- K**  
 KartRdsch. Kartell-Rundschau  
 KartVO .. Kartellverordnung  
 Kfz. .... Kraftfahrzeug  
 KG .. Kammergericht  
 KG .. Kommanditgesellschaft  
 KGBl. ... Blätter für Rechtspflege im Bezirk des KG  
 KgfEG .. Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz  
 KGJ .. Jahrbuch der Entscheidungen des KG  
 Kl. .... Kläger(in)  
 KMR .. Kleinknecht-Müller-Reitberger, Kommentar zur StPO  
 KO .. Konkursordnung  
 KomHdb. Handbuch der Kommunalwissenschaften  
 krit. .... kritisch  
 KSchG .. Kündigungsschutzgesetz  
 KStZ .. Kommunale Steuer-Zeitschrift
- L**  
 LadSchlG .. Ladenschlußgesetz  
 LAG .. Landesarbeitsgericht  
 LBG .. Landesbeamtenengesetz  
 Lehrb. .... Lehrbuch  
 Lfg. .... Lieferung  
 LG .. Landgericht  
 lit. .... Buchstabe  
 Lit. .... Literatur  
 LK .. Leipziger Kommentar zum StGB  
 LM .. Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des BGH  
 Ls. .... Leitsatz  
 LSG .. Landessozialgericht  
 LVA .. Landesversicherungsanstalt  
 LVerf. ... Landesverfassung  
 LVO .. Landesverordnung  
 LWG .. Landeswassergesetz  
 LZ .. Leipziger Zeitschrift
- M**  
 m. .... mit  
 Mat. .... Materialien  
 MDR .. Monatsschrift für Deutsches Recht  
 m. E. .... meines Erachtens  
 MonSchrKrim. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform  
 Mot. .... Motive zum Entwurf eines BGB  
 MRK .. Menschenrechtskonvention  
 MRVO .. Militärregierungsverordnung  
 MSt. .... Mitgliedsstaat  
 MU .. s. EGKS  
 MuSchG .. Mutterschutzgesetz  
 MUV .. s. EGKS  
 MuW .. Markenschutz und Wettbewerb
- N**  
 Nachw. .. Nachweis(e, en)  
 NatSchVO .. Naturschutzverordnung  
 nds. .... niedersächsisch  
 Nds. .... Niedersachsen  
 NdsRpfl. .. niedersächsische Rechtspflege  
 NebVO .. Nebentätigkeitsverordnung  
 n. F. .... neue Fassung, neue Folge  
 NJW .. Neue Juristische Wochenschrift  
 NRW .. Nordrhein-Westfalen  
 NZWehrR .. Neue Zeitschrift für Wehrrecht
- O**  
 o. .... oben  
 -O .. Ordnung  
 OBG .. Ordnungsbehördengesetz (NRW)  
 OECD .. Organization for Economic Cooperation and Development
- OEEC .. Organization for European Economic Cooperation  
 OGH(BrZ) .. Oberster Gerichtshof für die britische Besatzungszone  
 OGHSt(Z) .. Amtl. Sammlung der Entscheidungen des OGH (BrZ) in Strafsachen (Zivilsachen)  
 oHG .. offene Handelsgesellschaft  
 OLG .. Oberlandesgericht  
 OLGE (OLGRspr.) .. Rechtsprechung der Oberlandesgerichte  
 OPD .. Oberpostdirektion  
 OVG .. Oberverwaltungsgericht  
 OVGE .. Amtl. Sammlung der Entscheidungen der OVGE Lüneburg und Münster  
 OWiG .. Ordnungswidrigkeitengesetz
- P**  
 PatG .. Patentgesetz  
 PBefG .. Personenbeförderungsgesetz  
 PersVertrG .. Personalvertretungsgesetz  
 PG .. Polizeigesetz (der Länder)  
 pr. .... preußisch  
 prOVGE .. Amtl. Sammlung der Entscheidungen des prOVG  
 Prot. .... Protokolle der Reichstagsberatungen zum BGB  
 PStG .. Personenstandsgesetz  
 PVG .. Polizeiverwaltungsgesetz
- R**  
 -R .. Recht  
 RabelsZ .. Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Rabel  
 RAG .. Reichsarbeitsgericht  
 RAO .. Reichsabgabenordnung  
 RBerMG .. Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz  
 RdA .. Recht der Arbeit  
 RdErl. .. Runderlaß  
 RdSchr. .. Rundschreiben  
 RDH .. Reichsdisziplinarhof  
 RdJ .. Recht der Jugendwohlfahrt  
 Rdnr(n) .. Randnummer(n)  
 rechtskr. .. rechtskräftig  
 RFH .. Reichsfinanzhof  
 RFHE .. Amtl. Sammlung der Entscheidungen des RFH  
 RG .. Reichsgericht  
 RGBl. ... Reichsgesetzblatt  
 RG-Festgabe .. „Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben“, Festgabe zum 50jähr. Bestehen des RG  
 RGRK .. Kommentar zum BGB, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern  
 RGRK z. HGB .. Kommentar zum HGB, herausgegeben von Reichsgerichtsräten  
 RGSt(Z) .. Amtl. Sammlung der Entscheidungen des RG in Strafsachen (Zivilsachen)  
 RhPf. ... Rheinland-Pfalz  
 RiA .. Das Recht im Amt  
 RiDiszS .. Richterdisziplinarsenat  
 RiStV .. Richtlinien für das Strafverfahren  
 RJA .. Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchsrechts, zusammengestellt vom Reichsjustizamt  
 RJWG .. Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt 1922  
 ROHG .. Reichsoberhandelsgericht  
 Rpfleger .. Der Deutsche Rechtspfleger  
 Rspr. .... Rechtsprechung  
 RVBl. ... Reichsverwaltungsblatt  
 RVO .. Reichsversicherungsordnung

<b>S</b>	<b>T</b>	<b>VwVG</b> .. Verwaltungsvollstreckungs-
s. .... siehe	teilw. ... teilweise	gesetz
S. .... Seite	TVG .... Tarifvertragsgesetz	<b>VwZG</b> .. Verwaltungszustellungsgesetz
Saarl. ... Saarland	<b>U</b>	<b>W</b>
SAE .... Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen	u. .... unten	WarnRspr. Rechtsprechung des Reichsgerichts, herausgegeben von Warneyer
SavZRG. Zeitschrift der Sanigny-Stiftung für Rechtsgeschichte	u. a. .... unter anderen(m), und andere	WBewG Wohnraumbewirtschaftungsgesetz
SBZ .... Sowjetische Besatzungszone	u. ä. .... und ähnliche(s)	WBO ... Wehrbeschwerdeordnung
ScheckG .. Scheckgesetz	unstr. ... unstreitig	WG .... Wechselgesetz
SchlH. .. Schleswig-Holstein	Urt. .... Urteil	WHG ... Wasserhaushaltsgesetz
SchlHAnz. Schleswig-Holsteinische Anzeigen	USG .... Unterhaltssicherungsgesetz	WPfG .. Wehrpflichtsgesetz
SchwerbG Schwerbeschädigtengesetz	u. U. .... unter Umständen	WPM ... Wertpapier-Mitteilungen, Teil IV
SchwZStR Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht	ÜV .... Vertrag zur Regelung der aus Krieg und Besatzung entstandenen Fragen (Überleitungsvertrag)	WRP ... Wettbewerb in Recht und Praxis
SeuffA .. Seuffert's Archiv	UWG ... Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	WRV ... Verfassung des Deutschen Reiches v. 11. 8. 1919
SGb. .... Die Sozialgerichtsbarkeit	UZwG .. Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs (der Länder)	WStG ... Wehrstrafgesetz
SGG .... Sozialgerichtsgesetz	<b>V</b>	WuW .. Wirtschaft und Wettbewerb
SJZ .... Süddeutsche Juristenzeitung	VA(e) ... Verwaltungsakt(e)	WZG ... Warenzeichengesetz
SKV .... Staats- und Kommunal-Verwaltung	Verf. .... Verfasser, Verfassung	<b>Z</b>
Slg. .... Sammlung von Entscheidungen, Gesetzen etc.	VerfO ... Verfahrensordnung des EuGH	ZakDR .. Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
sog. .... sogenannt(e, er)	VerkMitt. Verkehrsrechtliche Mitteilungen	ZaöRV .. Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
SOG .... Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds.)	VersammlG Versammlungsgesetz	z. B. .... zum Beispiel
SoldG ... Soldatengesetz	VerschG . Verschollenheitsgesetz	ZBlJR ... Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
SozG .... Sozialgericht	VersR ... Zeitschrift für Versicherungsrecht	ZBR .... Zeitschrift für Beamtenrecht
Sp. .... Spalte	VerwArch Verwaltungsarchiv	ZHR .... Zeitschrift für das gesamte Handels- und Konkursrecht
st. .... ständig	VerwRspr. Verwaltungsrechtsprechung	zit. .... zitiert
StA .... Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft	VerwVG. Gesetz über das Verwaltungsverfahren in der Kriegsopferversorgung	ZK .... Zivilkammer
StAZ ... Zeitschrift für Standesamtswesen	VG ... Verwaltungsgericht	ZMR ... Zeitschrift für Miet- und Baurecht
StGB .... Strafgesetzbuch	VGH .... Verwaltungsgerichtshof	ZPO .... Zivilprozeßordnung
StIG .... Ständiger Internationaler Gerichtshof	vgl. .... vergleiche	ZS .... Zivilsenat
StJSchP .. Stein-Jonas-Schönke-Pohle, Kommentar zur ZPO	VO .... Verordnung	ZStaatsW Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
StPO .... Strafprozeßordnung	VOB ... Verdingungsverordnung für Bauleistungen	ZStW ... Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
str. .... streitig	Vorb. ... Vorbemerkung	z. T. .... zum Teil
StRÄndG Strafrechtsänderungsgesetz	VormG .. Vormundschaftsgericht	zust. .... zustimmend
StrK .... Strafkammer	VRS .... Verkehrsrechts-Sammlung	ZWehrR Zeitschrift für Wehrrecht
StS .... Strafsenat	VVDStRL Veröffentlichung der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer	z. Z. .... zur Zeit
StVG ... Straßenverkehrsgesetz	VwGO .. Verwaltungsgerichtsordnung	ZZP .... Zeitschrift für Zivilprozeß
StVO ... Straßenverkehrsordnung	VwVerfG Verwaltungsverfahrensgesetz (der Länder)	
StZO .. Straßenverkehrszulassungsordnung		
StW .... Steuer und Wirtschaft		
südd. .... süddeutsch		

## VII. Berichtigungen

- S. 20 (Heft 1): In Fußnote 1, Zeile 2, muß es statt „(EURATOM-V)“ richtig „EGKSV“ heißen.
- S. 33 (Heft 1): In der rechten Spalte, 5. Zeile von oben, muß es statt „§ 49 I BGB“ richtig „§ 49 I HGB“ heißen.
- S. 39 (Heft 1): In Entscheidung 7, linke Spalte 8. und 33. Zeile von unten, muß es statt „Veruntreuung“ richtig „Untreue“ heißen.
- S. 67 (Heft 2): In Fußnote 83, Zeile 1, muß es statt „§ 5 I 2 ErtsG“ richtig „§ 5 I 2 ErstG“ heißen.
- S. 71 (Heft 2): In der rechten Spalte unter „zu 2.“, 12. Zeile von unten, muß es statt „§ 134 I und II StPO“ richtig „§ 134 I und II GVG“ heißen.
- S. 76 (Heft 2): In Entscheidung 7, 2. Absatz 4. Zeile von oben, muß es statt „Gönnewein“ richtig „Gönnenwein“ heißen.
- S. 77 (Heft 2): In der 2. Zeile der Sternchen-Fußnote muß es statt „Potoónic“ richtig „Potočnic“ heißen.
- S. 97 (Heft 3): In der Überschrift der Entscheidungsrezension von Grunsky muß die Fundstellenangabe statt „BAG, NJW 1963, 1276“ richtig „BAG, NJW 1963, 1267“ heißen.
- S. 98 (Heft 3): In der rechten Spalte, 6. Zeile von unten, muß es statt „1. 5.“ richtig „1. 3.“ heißen.
- S. 133 (Heft 4): In der rechten Spalte, 5. Zeile von oben, muß es statt „Beschaffungsmarkt“ richtig „Absatzmarkt“ heißen.
- S. 167 (Heft 4): In Entscheidung 6, 2. Absatz 3. Zeile von oben, muß es statt „Baumbach-Lauterbach, 23. Aufl.“ richtig „Baumbach-Lauterbach, 27. Aufl.“ heißen.
- S. 208 (Heft 5): Das Datum der Entscheidung 7 muß statt „13. 11. 62“ richtig „13. 11. 63“ lauten.
- S. 208 (Heft 5): In Entscheidung 8, 11. Zeile von unten, muß es statt „Übertragung“ richtig „Übertretung“ heißen.
- S. 219 (Heft 6): In der linken Spalte unter 2. a), 4. Zeile von oben, muß es statt „Aufrechterhaltung“ richtig „Aufrechnung“ heißen.
- S. 286 (Heft 7): In Erläuterung 28 und 29, jeweils 2. Zeile, muß es statt „HessPVG“ richtig „HessPG“ heißen.
- S. 287 (Heft 7): In Entscheidung 1, Absatz 1 der Gründe 3. Zeile von unten, muß es statt „JuS 1963, 68 Nr. 1“ richtig „JuS 1963, 78 Nr. 1“ heißen.
- S. 291 (Heft 7): Die letzte Zeile der Entscheidung 8 muß richtig lauten: „... nicht auf das Verhalten des Angekl. zu.“
- S. 298 (Heft 8): In der linken Spalte, 1. Zeile des Abschnitts a), muß es statt „Anrechnung“ richtig „Aufrechnung“ heißen.
- S. 364 (Heft 9): In der linken Spalte, 3. Zeile von unten, muß es statt „strafbegründenden“ richtig „strafbefreienden“ heißen.
- S. 370 (Heft 9): In Entscheidung 6, letzter Absatz 3. Zeile von oben, muß es statt „§ 244 II StPO“ richtig „§ 344 II StPO“ heißen.
- S. 407 (Heft 10): In Fußnote 13, Zeile 1, muß es statt „Würdinger, Anm. § 373 Anm. 165“ richtig „Würdinger, Vorb. § 373 Anm. 165“ heißen.
- S. 441 (Heft 11): In der rechten Spalte muß es in der letzten Zeile der Entscheidungsrezension von Honig statt „konnte<sup>34</sup>“ richtig „konnte<sup>35</sup>“ heißen.